

Oskar Weggel

Chinas Außenpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts

Teil 6: Die Praxis der Beijinger Außenpolitik und ihre Gezeiten

(Teil III)

Mit Kapitel 6 ist die vorliegende Serie vom „Allgemeinen“ zum „Besonderen Teil“, d.h. von den theoretischen Grundlagen zur Praxis der Beijinger Außenpolitik übergegangen. Die Gezeiten der chinesischen Außenpraxis sind hierbei auf fünf Stockwerken zu durchlaufen, nämlich auf globaler, multilateraler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene.

Gegenstand der bereits erschienenen Teile I und II waren die Betrachtung des globalen sowie des multilateralen Handlungsrahmens.

Im vorliegenden Kapitel leitet die Untersuchung zu den regionalen Aspekten der chinesischen Außenpolitik über, denen dann in Teil IV der nationale und in Teil V der lokale Aspekt folgt, welcher letzteren man auch als „graue Markt“ der Außenpolitik bezeichnen könnte.

Gliederung

- 6.3 Der regionale Handlungsrahmen
- 6.3.1 Regionalisierung – eine chinesische Lieblingsvorstellung
- 6.3.2 Regionen weltweit
- 6.3.2.1 Asien
- 6.3.2.1.1 APEC
- 6.3.2.1.2 ASEAN/AFTA
- 6.3.2.1.2.1 Das Südasiensbild der VRCh im Wechsel der Gezeiten
- 6.3.2.1.2.2 Die drei Dauerziele Chinas in „Nanyang“
- 6.3.2.1.3 Eine zentralasiatische Allianz?
- 6.3.2.1.3.1 Regional-Kalküle
- 6.3.2.1.3.2 Innenpolitische Kalküle
- 6.3.2.1.4 Südasiens: Der „ferne“ Subkontinent
- 6.3.2.1.4.1 SAARC: Die südasiatische Siebenergemeinschaft
- 6.3.2.1.4.2 Die Attribute Südasiens aus chinesischer Sicht
- 6.3.2.1.4.3 Zielsetzungen Chinas
- 6.3.2.1.5 Drei-, Vier-, Fünf- und Sechsecke in Asien
- 6.3.2.1.6 Das Sonderphänomen der „Großchinesischen Wirtschaftszone“
- 6.3.2.1.7 Eine ANEAN?
- 6.3.2.1.8 Keine panasiatischen Visionen

- 6.3.2.2 Regionen in der westlichen Welt
- 6.3.2.2.1 Die Europäische Union
- 6.3.2.2.2 Die NAFTA
- 6.3.2.3 Die außerasiatischen Regionen der dritten Welt
- 6.3.2.3.1 Vorliebe für Regionalbildungen
- 6.3.2.3.2 Von Phase zu Phase: Wie sich Chinas Drittweltpolitik verändert hat
- 6.3.2.3.3 Januskopf dritte Welt: Die Reformer und ihre Entwicklungsländerpolitik
- 6.3.2.3.4 Die Attribute der Dritten Welt

6.3

Der regionale Handlungsrahmen

6.3.1

Regionalisierung – eine chinesische Lieblingsvorstellung

Von den fünf Aktionsebenen außenpolitischen Verhaltens sind in der bisherigen Untersuchung die globalen (Abschnitt 6.1) und die multilateralen/„multipolaren“ (Abschnitt 6.2) Aspekte beschrieben worden. Im vorliegenden Kapitel geht es nun – auf der Stufenleiter der beteiligten Akteure – ein Stockwerk weiter nach unten, nämlich zur *diqu*, d.h. zur „regionalen“ Ebene.

Regionen und regionale Zusammenschlüsse sind seit jeher ein Lieblingsthema der chinesischen Außenpolitik. Man könnte sagen, daß sich das Plädoyer für den Regionalismus in dem Maße verstärkt hat, als Beijing hegemonistischen Bestrebungen Paroli zu bieten versuchte.

Die besten Europäer sitzen deshalb seit Jahrzehnten nicht in Brüssel, sondern in Beijing; die leidenschaftlichsten Plädoyers für das ASEAN-Bündnis und für die südasiatische Allianz (SAARC) wurden nicht in Kuala Lumpur oder in Delhi, sondern in der chinesischen Hauptstadt gehalten, und nicht selten konnte man den Eindruck gewinnen, daß die eigentlichen Verfechter des Andenpakts, Großarabiens, Großmaghrebs oder aber der panafrikanischen OAU nicht in Lima, Damaskus, Algier oder Dakar zuhause waren, sondern in Beijing.

Mit dieser Regionalisierungspolitik ging die chinesische Führung – vor allem in Zeiten eines verschärften Antihegemonismus – stets von der Prämisse aus, daß Länder und Regionen, die ihren autochthonen Interessen gehorchen, automatisch antihegemonistische Abwehrinstinkte und -mechanismen entwickeln. Was dem Regionalismus nützt, schadet dem Hegemonismus – ein in Beijing erdachtes Nullsummenspiel. Wo immer sich Regionalbündnisse herauszukristallisieren beginnen, ob im Pazifik, in Zentral-, Ost- oder Westafrika, in der Karibik oder entlang des Amazonas – stets ist China mit lautem Beifall und mit dem Appell zur Stelle, daß die hier entstehende „Unabhängigkeit“ zur Enthegemonisierung des internationalen Systems beitragen möge.

6.3.2

Regionen weltweit

6.3.2.1

Asien

In Asien sind es vor allem drei Regionalorganisationen, denen China direkt oder aber indirekt, d.h. zumindest als

regelmäßiger Zaungast, angehört, nämlich die APEC, die ASEAN und die SAARC. Hinzu kommen Subregionen sowie Kristallisationen, die sich ansatzweise in Zentralasien und in Nordostasien herauszubilden beginnen.

6.3.2.1.1

APEC

Die APEC (Asia Pacific Economic Cooperation) ist ein 1989 gegründetes *informelles* Forum für Regierungen und Staatsoberhäupter, zu dessen Fundamentalanliegen die Liberalisierung des Wirtschaftsaustausches unter den Pazifik- („Pacific Rim“-)Anrainern gehört und dem mittlerweile, d.h. seit Dezember 1998, 21 Mitglieder angehören, darunter – seit 1991 – auch die „drei Chinas“ (Volksrepublik, Hongkong, Taiwan). In der Runde sind heutzutage Repräsentanten von 45% der Weltbevölkerung, von 60% des Welt-BIP und von etwa 50% des Welthandels vertreten. Seit 1993 präsentiert sich die APEC in Form von jährlich einmal stattfindenden „Gipfelkonferenzen“, bei denen sich Staatsoberhäupter und Ministerpräsidenten einzufinden pflegen, angefangen von Clinton bis hin zu Jiang Zemin.

Auch wenn die APEC nach außen hin ein geschlossenes Bild zu suggerieren versucht, läßt sich doch kaum ein bunteres Gemisch vorstellen, als es hier ineinanderfließt: Vertreten sind hier einmal Wirtschaftsgiganten vom Range der USA und Japans, andererseits aber auch wirtschaftliche Zwerge wie Papua-Neuguinea und Vietnam, deren Pro-Kopf-BIP gerade einmal bei einem Fünftel der entsprechenden japanischen Parameter liegt. Kein Wunder, daß angesichts dieser Diversität auch die Zielvorstellungen höchst unterschiedlich ausfallen: Die USA beispielsweise betrachten die APEC als ein Instrument, mit dessen Hilfe die Handels- und Finanzbeziehungen noch stärker als bisher liberalisiert werden sollen, während es Ländern wie der VRCh eher um Solidarisierung und um Ausgleich geht, weshalb China beispielsweise eine „Neue internationale Weltfinanzordnung“ (*guoji jinrong xin zhixu* [1]) thematisiert, die sich auf drei Maximen hinzuorientieren habe, nämlich auf verstärkte internationale Kooperation (in Richtung Schuldenverringerung), auf prinzipielle Nichteinmischung in Maßnahmen, die ein Land zum Zwecke seiner Rekonsolidierung (z.B. zur Überwindung der „Asienkrise“ von 1997) trifft und auf (solidaritätsbedachte) Restrukturierung des internationalen Finanzsystems, wobei allerdings Solidarisierung nicht mit „Protektionismus“ (*baohuzhuyi* [2]) verwechselt werden dürfe.¹

Neben dem Unbehagen über das wachsende wirtschaftliche Gefälle zwischen den einzelnen Mitgliedern und neben den so überaus verschiedenen Liberalisierungsvorstellungen gibt es in der APEC noch einen dritten Dauerkonflikt, der sich auf die Frage zuspitzt, was die vielen „außerasiatischen“ Mächte wie USA, Kanada, Australien und Neuseeland in einer APEC eigentlich verloren hätten. Sollten die Asiaten – einem Vorschlag Malaysias vom Dezember 1990 zufolge – nicht besser unter sich bleiben und

zu diesem Zweck einen EAEC (East Asian Economic Caucus) gründen? Erst ein solcher von westlicher Beteiligung befreiter „Zirkel“ liefe auf den historisch ersten Ansatz einer authentischen Wirtschaftsgemeinschaft der ost- und südostasiatischen Länder hinaus.

Nach längerem Tauziehen zwischen APEC- und EAEC-Befürwortern begann sich der Streit auf die Frage zu verlagern, ob der „Caucus“ ein Organ *innerhalb* oder aber *außerhalb* der APEC sei. Die erstere – und amerikafreundliche – Option wurde von Indonesien, die letztere aber vom Malaysia Mahathirs verfochten, das in diesem Zusammenhang auch immer wieder die Forderung einbrachte, daß die asiatischen Staaten gegenüber dem Westen eine selbstbewußtere Haltung beziehen sollten, vor allem den USA gegenüber, die ja ständig – und penetrant – auf eine noch weitere Öffnung der asiatischen Märkte, auf verstärkten Schutz von Patenten und auf Einhaltung der Menschenrechte pochten.

Die VR China hielt es für das Klügste, zu Fragen dieser Art auf Distanz zu bleiben. Der Grund für diese ungewöhnliche Zurückhaltung lag auf der Hand: Ging es den Vertretern Beijings bei den „informellen“ APEC-Konferenzen doch weniger um Sach- als vielmehr um Prozeduralfragen, vor allem um einen permanenten Dialog und um *Beziehungspflege*, die, wie das häufige Zusammentreffen Jiang Zemins mit US-Präsident Clinton bewies, ebenso lautlos wie erfolgreich verlaufen – und damit dem Ziel „Z.6“ zu ungewöhnlichen Erfolgen verhelfen kann. Was China an der APEC (*Yatai jinghe zuzhi* [3]) besonders zu schätzen weiß, ist das „informelle“ (*fei zhengshide*) Zusammentreffen, bei dem nicht gleich jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wird und bei dem die Teilnehmer auch nicht so schnell Gesicht verlieren können, zumal dann, wenn sich – im Zuge jährlicher Gipfelkonferenzen – ein gewisses Vertrauensklima eingestellt hat.² In der Tat sind die „informellen“ APEC-Gipfelkonferenzen – immer durch die chinesische Brille gesehen – auf dem besten Wege, zu einem Forum von *Guanxi*-Außenpolitik zu werden, und empfangen von *hierher* ihre eigentliche Rechtfertigung.

6.3.2.1.2

ASEAN/AFTA

6.3.2.1.2.1

Das Südostasienbild der VRCh im Wechsel der Gezeiten

Anders als die APEC, die 1989 als informeller Wirtschaftszusammenschluß aus der Taufe gehoben worden war und der die VR China schon vier Jahre später hatte beitreten können, war die ASEAN, die 1967 unter ausdrücklich antikommunistischem Vorzeichen das Licht der Welt erblickt hatte, für China jahrelang ein *zougou* – ein „Kettenhund“ des US-Imperialismus gewesen: Andere Zeiten, andere Etikettierungen!

Es dauerte bis 1974/75, ehe Beijing sein Urteil revidierte und eine große Wende in seiner Südostasienpoli-

¹Außerdem setzt sich die VR China, vor allem seit dem 6. APEC-Gipfel in Kuala Lumpur im November 1998, für die wissenschaftlich-technologische Kooperation und für die Gründung einer „China-APEC-Unternehmensorganisation“ (*Zhongguo Yatai jinghe zuzhi*) ein; siehe dazu C.a., 1998/12, Ü 3.

²Der 1. APEC-Gipfel fand 1993 in Seattle, der 2. Gipfel 1994 in Bogor/Indonesien, der 3. Gipfel 1995 in Osaka, der 4. Gipfel 1996 in Manila, der 5. Gipfel 1997 im kanadischen Vancouver und der 6. Gipfel 1998 in Kuala Lumpur statt.

tik vollzog, die hauptsächlich durch zwei Ereignisse motiviert war, nämlich innenpolitisch durch das näherrückende Ende der Kulturrevolution, das u.a. einem Zhou Enlai wieder Gestaltungsfreiheit gab, außenpolitisch aber durch den Sieg der drei kommunistischen Regime in Indochina, der durch Moskau systematisch unterstützt worden war – mit der Folge, daß – aus Beijinger Sicht – „Globalhegemonisten“ (UdSSR!) und „Regionalhegemonisten“ (Vietnam!) nun sogar in Südostasien, d.h. unmittelbar vor der chinesischen Haustür, Hand in Hand miteinander antichinesische Zielsetzungen verfolgen konnten.

China beschloß in dieser Situation, Farbe zu bekennen und sich ohne Wenn und Aber auf die Seite der ASEAN zu schlagen: Bereits 1974 nahm es mit Malaysia, 1975 mit den Philippinen und Thailand diplomatische Beziehungen auf, wobei es gleichsam als Morgengabe zwei wichtige Zugeständnisse einbrachte: Es unterzeichnete in den Aufnahmeprotokollen nämlich eine Antihegemonieklausel (womit es den südlichen Nachbarn u.a. Entwarnung vor weiterer Guerillaunterstützung gab), und es verabreichte eine weitere Beruhigungspille, indem es vertraglich – und später auch in der landeseigenen Gesetzgebung – jede Möglichkeit einer Doppelstaatsangehörigkeit ausschloß: Auslandschinesen/Huaren sollten sich also entweder für ihr Gastland oder aber für China entscheiden. Im ersteren Fall müßten sie sich ohnehin – und zwar freiwillig –, im letzteren Fall aber auf Befehl Chinas an die Gesetze und die Sitten ihres Gastlandes halten.

Mit diesen beiden Zugeständnissen wollte die Volksrepublik Befürchtungen der ASEAN-Länder sowohl über äußere Guerillaunterstützung von seiten Chinas als auch über innere Gefährdungen (Huaren als „Fünfte Kolonne“ Chinas!) entschärfen.

Zu Signalen dieser Art bestand in der Tat einiger Anlaß; hatte die VRCh doch zwei Jahrzehnte lang den Aufständischen in Südostasien immer wieder unter die Arme gegriffen, angefangen bei den Protagonisten der zwölfjährigen „Emergency“ auf der Malaiischen Halbinsel (1948-1960) über die 1969 gegründete „Thailändische Volksbefreiungsarmee“ bis hin zur 1968 proklamierten „Neuen Volksarmee“ der Philippinen, die unter dem Kommando der KPPH(-ML) sowie eines gewissen „Amado Guerrero“ stand, der seine Ausbildung in China erhalten hatte.

Mit der „Wende“ von 1974/75 ließ China all diese Bewegungen wie eine heiße Kartoffel fallen und setzte von jetzt an verstärkt auf die Abwehrkräfte der lokalen Regierungen. Damit freilich tauchte für die KPCh ein hausgemachtes Problem auf, insofern sie sich nämlich mit dem Vorwurf auseinanderzusetzen hatte, die früheren revolutionären Zielsetzungen (Z.1) zugunsten nationaler und antihegemonistischer Zielsetzungen (Z.2 und Z.3) „verraten“ zu haben: In der Tat waren die Ideologen, die diesen Schwenk rechtfertigen sollten, um ihre Aufgabe nicht zu beneiden! Allerdings scheint ihnen die Abwendung von den lokalen KPs schon damals weitaus weniger Kopfzerbrechen bereitet zu haben, als außenstehende Beobachter es ihnen unterstellen wollten. Offensichtlich ging es der KPCh – abseits von Hilfen für lokale Revolutionsbewegungen – eher darum, Argumente für eine pax ASEANa und gleichzeitig gegen eine angebliche „kartographische Aggression“ der VR China zu finden. So wurde sie denn keinen Augenblick lang müde zu versichern, daß die VR

China keinen einzigen Soldaten im Ausland stationiert habe, sehe man einmal von einigen Beratern im Demokratischen Kampuchea ab. Auch die Geschichte mußte wieder einmal als Argumentationshilfe herhalten: Von jeher habe China *defensives* Verhalten an den Tag gelegt: Während Rußland in einem Zeitraum von gerade einmal 200 Jahren (1700-1900) 33 äußere und 2 innere Kriege geführt habe (davon nur vier Verteidigungskriege), sei China in den letzten 700 Jahren nur siebenmal militärisch aktiv geworden, nämlich zweimal in Richtung Birma, viermal in Richtung Vietnam und einmal in Richtung Java – und dies zumeist während der bereits Jahrhunderte zurückliegenden Mongolen-(Yuan)Dynastien! Was aber zählten schon ferne Unternehmungen dieser Art im Rahmen einer 3.000 Jahre lang introvertiert geführten und überdies antimaritimen Außenpolitik!? Auch das „heutige“ Volkskriegskonzept beruhe ganz auf Defensivprämissen.

Überaus willkommen in dieser Situation war der Beijinger Propaganda auch die Bemerkung des Singapurischer Ministerpräsidenten Lee Kuan Yew, daß China die „gutartigste“ unter allen kommunistischen Mächten sei, die den einzelnen Staaten Südostasiens ganz gewiß wohlwollender gegenüber trete als dies zwischen Sowjetunion und den COMECON-Staaten der Fall sei! Selbst bei seinem „Erziehungsfeldzug“ gegen Vietnam im Jahre 1979 habe China nie die Absicht verfolgt, auch nur einen Zoll vietnamesischen Bodens zu besetzen: Das Land solle lediglich bestraft, nicht jedoch beraubt werden!

Während Malaysia, die Philippinen und Thailand der chinesischen Argumentation offensichtlich beruhigt und wohlwollend lauschten, war Indonesien nicht bereit, der VR China die Hand entgegenzustrecken. Allzu tief saß das Mißtrauen der 1965 durch einen Staatsstreich an die Macht gekommenen Suharto-Führung noch im Nacken: Vor allem in den Jahren 1963 ff. hatte sich in Jakarta – immer aus der Sicht Suhartos – zwischen der chinesischen Botschaft, dem Präsidentenamt Sukarnos und der von Aidit geführten PKI ein Dreierbündnis herausgebildet, das angeblich im Begriffe war, die Macht im Inselreich zu übernehmen und eine Revolution maoistischen Zuschnitts vom Zaune zu brechen, weshalb den Kräften um Suharto nichts anderes übriggeblieben sei, als zu reagieren und 1965 jenen „Septemberaufstand“ niederzuschlagen, der den kommunistischen Umsturz in Indonesien einleiten sollte. Hunderttausende von „Kommunisten“ wurden damals getötet, die PKI zerschlagen, Sukarno schrittweise von der Macht abgedrängt und das Fenster nach China hin in aller Eile zugemauert. Die neue Suharto-Regierung verlor auch keine Zeit, um mit der Politik Sukarnos reinen Tisch zu machen und das indonesische Staatsschiff auf Westkurs zu bringen.

Am Ende sollte es bis 1990 dauern, ehe ein neuer Anfang gemacht und unter die unglückselige Sukarno/Mao-Episode endlich ein Schlußstrich gezogen werden konnte – zumindest diplomatisch;³ denn außenpolitisch blieb Indonesien auch nach dieser Aussöhnung Hauptbedenkenträger gegenüber der VRCh: Dies äußerte sich vor allem im Zusammenhang mit dem Natuna-Flottenmanöver der indonesischen Marine – der massivsten bis dahin von Indonesien zur Schau gestellten Machtdemonstration – im

³Dazu C.a., 1990/7, S.528 f.

September 1996: Drei Jahre vorher war Jakarta wie elektrisiert zusammengezuckt, als die VR China eine Landkarte publiziert hatte, die Territorialansprüche Chinas in Natuna anzudeuten schien – einem Inselbereich rund 300 km nördlich der indonesischen Kalimantan-Küste, an dessen Zugehörigkeit zu Indonesien bisher niemand ernsthaft gezweifelt hatte und der für Indonesien vor allem deshalb so schützenswert sein mußte, weil Natuna möglicherweise inmitten eines Ölfelds liegt.⁴

Trotz des Dauer-Hickhacks mit Indonesien ist Beijing aber seit 1975 fest bei der damals eingeschlagenen ASEAN-freundlichen Linie geblieben und hat auch dem Beitritt weiterer Mitglieder (Brunei 1984, Vietnam 1995 und Myanmar sowie Laos 1997) unverdrossen Beifall gezollt.

Die Allianz hat sich für diese Konsequenz längst erkenntlich erwiesen, indem sie der VR China Sitz und Stimme bei jenen zwei „Anschlußtreffen“ einräumte, die jedes Jahr nach der im Sommer abgehaltenen Außenministerkonferenz stattzufinden pflegen, nämlich bei der „Partnerländerkonferenz“ und bei dem seit 1994 abgehaltenen ARF (ASEAN Regional Forum). An der Partnerländerkonferenz beteiligen sich seit vielen Jahren auch die USA, die EU, Japan und Südkorea, so daß sich der chinesischen Diplomatie hier ein weiteres Fenster geöffnet hat.

Besonders angetan ist China mittlerweile vom ARF, das den Beteiligten Gelegenheit gibt, in einer Art Kamingesprächsatmosphäre über heikle Probleme wie beispielsweise die Spratly-Frage zu sprechen, ohne daß Teilnehmer befürchten müssen, in die Enge getrieben zu werden und dadurch Gesicht zu verlieren. Wie schon die APEC läuft auch die ARF „informell“ (*fei zhengshide*) ab – und erweist sich in dieser Eigenschaft als geradezu ideales Forum für die VRCh, um Friedensabsichten zu bekunden und Mißtrauen zu zerstreuen.

Auch die AFTA (ASEAN Free Trade Association), also die – ab 2002 beginnende – Zollunion zwischen den ASEAN-Mitgliedern, das AICO (ASEAN Industrial Cooperation Scheme) und die AIA (ASEAN Investment Area) finden Chinas uneingeschränkter Beifall – gar nicht zu reden von dem Plan einer atomwaffenfreien Zone im ASEAN-Bereich. Vor allem begeistert sich China für Lösungsmechanismen à la ARF, die „nach Art der ASEAN“ auch künftig weitergepflegt werden sollten.⁵

Während der Applaus Chinas für die ASEAN unvermindert andauert, sind einstige (chinakritische) Regionalansätze wie die SEATO von 1954 und die MAPHILINDO von 1963 demonstrativ aus dem chinesischen Gedächtnis getilgt worden: Man „will“ sich ihrer einfach nicht mehr erinnern!⁶

⁴Dazu C.a., 1996/9, Ü 2 und oben 2.2.2.3.3, C.a., 1998/7, S.709 f.

⁵Siehe dazu den 34-Punkte-Plan der Hanoi-Erklärung in SOAa, 1999/1, S.51 f.

⁶Die SEATO war 1954 als South East Asian Treaty Organization von den USA, Australien, Neuseeland, Großbritannien und Frankreich sowie von drei asiatischen Interessenten, nämlich Pakistan, den Philippinen und Thailand aus der Taufe gehoben worden – als eine Art NATO in Südostasien, die allerdings, mangels Beteiligung asiatischer Staaten, schon bald wieder „einschlief“ (ausführlich dazu SOAa, 1985/3, S.166-171). Entstanden war das Vertragswerk aus dem Geist der von Außenminister Dulles (1953-1959) konzipierten Antikommunismus-Strategie, die sich in Asien besonders gegen die VR China richten sollte.

6.3.2.1.2.2

Die drei Dauerziele Chinas in „Nanyang“

Seit dem Ende der maoistischen Revolutionsstrategie, die mit der Wende in der chinesischen ASEAN-Politik (1974/75) zeitlich fast zusammenfiel, verfolgt Beijing gegenüber Südostasien eine dreifache Zielsetzung:

Da ist zunächst der Wunsch, der Subkontinent möge noch stärker als bisher zusammenwachsen – und *dadurch* auch zu einer Bereinigung der zwischenstaatlichen Konflikte finden. Unter diesem Gesichtspunkt hat selbst der Beitritt Vietnams zur Allianz im Jahre 1995 zu beifälligen Kommentaren geführt, weil die SRV dadurch politisch wieder nach Asien „heimgeholt“ wurde, nachdem sie sich seit Mitte der 60er Jahre geopolitisch von Asien immer weiter entfernt und fast nur noch in Osteuropa und bei der Sowjetunion Halt gesucht hatte, wodurch ihre ohnehin schon delikaten Beziehungen zu China noch ein weiteres Mal verschlechtert worden waren. Auch die Zulassung von Laos (1997) sowie von Kambodscha (1998)⁷ stieß auf chinesisches Wohlwollen, vor allem, nachdem mit der Aufnahme Kambodschas als zehntem Mitglied der letzte bis dahin im Abseits verbliebene Staat Südostasiens ebenfalls Allianz-Mitglied geworden war, so daß es jetzt kein Stück „außenstehendes“ Südostasien mehr gab!

Wie schwierig es trotz solcher Integrationsfolge immer noch ist, „Südostasien“ unter *einen* Hut zu bringen, weiß niemand besser als Beijing, weil ja immerhin rund 25 Mio. Huaren nach wie vor in diesem – einst *Nanyang* („Südmeer“) genannten – Gebiet leben: Sie haben dort ein umfangreiches „Bambusnetzwerk“ zur alten Heimat hin aufgezogen und deshalb bei ihren Gastländern Ängste ausgelöst, die von Beijing immer wieder beruhigt werden müssen.

Es ist aber nicht nur der Huaren-Sprengsatz, sondern auch die Rieselsandstruktur südostasiatischer Allianzen, die bis nach Beijing hinauf Unbehagen aufkommen läßt: Anders als in Europa, wo nach dem Ende nationalistischer Verblendung schnell wieder ein uraltes Zusammengehörigkeitsbewußtsein aufkommen konnte, tritt in Südostasien immer wieder ein Gefühl gegenseitiger Fremdheit zutage, das durch unzählige Dialoge, Konferenzen und Gemeinsame Erklärungen der ASEAN-Partner zwar zeitweise überspielt, nie aber wirklich beseitigt werden kann. Der Grund für diesen Pferdefuß liegt darin, daß Bündnisansätze in Südostasien ausnahmslos allerjüngsten Datums – und damit ohne geschichtliche Wurzeln – sind; selbst der Name „Südostasien“ war erst während des Zweiten Weltkriegs aufgekommen, und zwar zur Benennung des „South East Asian Command“, also einer militärischen Befehlseinheit, die auf eine Zusammenfassung der in „Niederländisch-Indien“, auf den Philippinen (USA) und in den Straits-Settlements sowie in Birma (Großbritannien) verstreuten

Die MAPHILINDO war 1963 unter Beteiligung des Malaiischen Bunds, der Philippinen und Indonesiens (daher das Akronym!) aus der Taufe gehoben worden, und zwar als eine Konföderation von Nationen malaiischen Ursprungs, die letztlich wiederum eine antichinesische Stoßrichtung hatte (ausführlich dazu SOAa, 1984/11, S.562-564).

⁷Kambodscha wurde bei der ASEAN-Gipfelkonferenz von Hanoi im Dezember 1998 freilich nur „prinzipiell“ zugelassen; über den genauen Zeitpunkt des Beitritts sei erst später zu entscheiden, hieß es bei der Konferenz (Näheres dazu SOAa, 1999/1, S.50-56).

Streitkräfte hinauslief und die bezeichnenderweise – wie der einmal! – von Ausländern eingerichtet worden war.

Die Völker Südostasiens weisen darüber hinaus geschichtlich und kulturell die unterschiedlichsten Stamm-bäume auf: Ihre kulturelle Prägung verdanken sie z.T. dem hinduistischen (früheres Indonesien und heute noch Bali), z.T. dem indoislamischen (modernes Indonesien, Mindanao, Sulu), aber auch dem theravadabuddhistischen (Birma, Thailand, Laos, Kambodscha), dem chinesischen (Vietnam, Singapur) sowie dem spanischen und dem nordamerikanischen Kulturkreis (Philippinen); ihrer Religion nach gehört die Mehrzahl der Bewohner Thailands, Laos', Kambodschas und Myanmars dem Buddhismus des Kleinen Fahrzeugs an, bekennt sich Vietnam hauptsächlich zum Buddhismus des Großen Fahrzeugs, Indonesien, Malaysia und Brunei überwiegend zum Islam und 80% der philippinischen Einwohnerschaft zum Katholizismus. Nicht zuletzt aber standen Völker Südostasiens jahrhundertlang entweder unter englischer (Malaysia, Singapur, Brunei), französischer (Indochina), spanisch-amerikanischer (Philippinen) oder aber niederländischer (Indonesien) Kolonialherrschaft – nur Thailand hatte sich von kolonialer Bevormundung freihalten können.

Sogar die Feindbilder der einzelnen ASEAN-Staaten haben sich im Laufe der Zeit immer wieder verschieden, ja streckenweise sogar gegensätzlich entwickelt. Während in der Optik der überseerorientierten Länder Singapur und Malaysia nach dem Zweiten Weltkrieg die Sowjetunion mit ihrer Flottenrüstung als Hauptgegner hervorzutreten pflegte, erblickten Indonesien und Vietnam in China, Thailand aber (während der 70er und 80er Jahre) vor allem in Vietnam den Erzrivalen – und dies, obwohl sich die Allianz alle Mühe gegeben hatte, sich nach außen hin einer gemeinsamen Sprachregelung zu bedienen.

Entsprechend solch unterschiedlicher Bewertungen nahmen auch die Bündnisse verschiedene Ausrichtungen an: So kam es beispielsweise nach 1979 zu einem lautlosen Schulter-schluß zwischen Thailand und China, und zwar mit dem Ziel, die gemeinsamen Verbündeten in Indochina, nämlich die (damalige) Dreierkoalition des Demokratischen Kampuchea zu unterstützen und Seite an Seite mit ihr auch dieselben Feinde zu bekämpfen, nämlich Vietnam und die von ihm geförderte Phom Penher Regierung, während sich auf der Gegenseite zur gleichen Zeit Indonesien und Vietnam stillschweigend zu einer antichinesischen Entente cordiale zusammenfanden.

Wenn sich 1967, all diesen trennenden Elementen zum Trotz, gleichwohl fünf Staaten der Region, nämlich Indonesien, Thailand, die Philippinen, Singapur und Malaysia, die Hände zum gemeinsamen Bund reichten, so geschah dies einzig und allein aus der von allen fünf gemeinsam geteilten Furcht vor „kommunistischen“ Übergriffen sowie aus der Einsicht heraus, daß die „Konfrontationspolitik“ des gerade im Jahre 1965 ausgeschalteten Sukarno, die nicht weniger als drei der fünf neuen Bündnispartner noch kurz vorher an den Rand eines Krieges gebracht hatte, so schnell wie möglich beendet und das regionale Kriegsbeil damit ein für allemal begraben werden sollte.

Das Bündnis wurde auch in seinem weiteren Verlauf weniger durch gemeinsame Visionen als vielmehr durch gemeinsame Ängste zusammengehalten, sei es nun in den

Jahren nach 1975, als in allen drei Indochinastaaten kommunistische Parteien an die Macht gekommen waren, oder sei es im Zeichen gemeinsamer Furcht vor dem wachsenden Einfluß der VR China, die es ratsam erscheinen ließ, sich gemeinsam einzuigeln.

Es dauerte bis 1992, ehe die ASEAN-Mitglieder sich einen Ruck gaben und beschlossen, ihr Bündnis nicht mehr nur auf Abwehr und Angst, sondern auf etwas Positiverem aufzubauen, nämlich einer gemeinsamen Zollunion, die vielleicht noch weitere Perspektiven eröffnen könnte. Anlaß war die vierte Gipfelkonferenz von Singapur im Januar 1992, bei der eine Zollunion bis zum Jahre 2008 beschlossen wurde.⁸ Später wurde das Zieljahr immer näher herangeführt, zuletzt – beim Hanoier Gipfel von 1998 – bis auf das Jahr 2002. All diesen Vorsätzen und Bekundungen zum Trotz aber hatte die 1997 angelaufene „Asienkrise“ erhebliche Solidaritätsmängel ans Tageslicht gebracht!

Um so stärker sah sich die VRCh in die Pflicht genommen, ihre Politik der Rückenstärkung für die Allianz fortzusetzen und den ASEAN-Mitgliedern vor allem die Furcht vor chinesischer Dominanz zu nehmen.

Zweitens möchte China die Wirtschaftsbeziehungen mit Südostasien erweitern und vertiefen, stößt aber auch mit diesem Bestreben immer wieder auf eine Mauer des Mißtrauens und der Ablehnung, da die Kapitalströme der meisten südostasiatischen Staaten von Auslandschinesen kontrolliert werden. In Indonesien z.B. beherrschen Huarren, die gerade einmal 3% der Bevölkerung ausmachen, rund 70% des Kapitals; in Malaysia liegt dieses Verhältnis bei 29:61, auf den Philippinen bei 2:55, in Thailand sogar bei 8:90 und in Kambodscha sowie in Laos vermutlich ebenfalls in „thailändischer“ Größenordnung!⁹

Auf ein ambivalentes Echo stößt auch die dritte Zielsetzung der VR China, nämlich das Bestreben, Südostasien soweit wie möglich auf Neutralitätskurs zu bringen. Jahrzehntlang war *Nanyang* ein Tummelplatz der verschiedensten militärischen Allianzen gewesen (hie die prowestliche SEATO, dort das durch „Freundschaftsverträge“ und durch RGW an Moskau angebundene „Indochina“, das in sich wiederum ein „Sonderbeziehungs“-Dreieck zwischen Vietnam, Laos und Kambodscha bildete). Mitten durch Südostasien zog sich jahrzehntlang auch ein eiserner Vorhang – mit den drei Indochinastaaten auf „östlicher“, dem insularen SOA und Thailand auf „westlicher“ Seite; hier auch haben sich zwei überregionale Großkriege (in Indochina), mehrere Regionalkriege („Konfrontasi“ Sukarnos vor 1965, chinesisch-vietnamesische Auseinandersetzungen im Frühjahr 1979) und endlose Guerillakriege abgespielt, die mit der Emergency auf der Malaiischen Halbinsel bereits 1948 begannen und erst in den 70er Jahren langsam abklängen – Grund genug, Sicherheitsüberlegungen auch heutzutage nicht völlig in den Wind zu schlagen, zumal nicht wenige Südostasiaten insgeheim eine „Tibetisierung“ des Südchinesischen Meers befürchten: „Du wachst eines Tages auf und findest das Südchinesische Meer genauso fest in chinesischer Hand, wie das bei bei Tibet der Fall war.“¹⁰

⁸Näheres dazu SOAa, 1992/3, Ü 1.

⁹Näheres C.a., 1996/1, S.35.

¹⁰So AWSJ, 13.2.99.

Die einstigen Washingtoner und Moskauer Militärbündnisse gehören zwar, sieht man von einigen Ausnahmen wie ANZUS¹¹ oder ANZUK¹² ab, längst der Vergangenheit an, doch sind die meisten südostasiatischen Staaten, wie den Chinesen keineswegs verborgen geblieben ist, nach wie vor bestrebt, US-Streitkräfte als Gegenpol zur „chinesischen Gefahr“ so lange wie möglich in der Region zu halten. Zwar haben die Philippinen ihre Stützpunktabkommen, vor allem für die US-Marine in Subic-Bay, mittlerweile gekündigt,¹³ doch brauchten sich die USA offensichtlich nicht besonders anzustrengen, um Ausweichplätze zu finden, u.a. in Singapur.

Mit seinen drei langfristigen Zielen stößt Beijing also auf geteiltes Echo in Südostasien – und auf einen Berg von Mißtrauen! Kein Wunder, daß es sich mittlerweile bemüht, mit möglichst vielen ASEAN-Mitgliedern partnerschaftliche Strukturen aufzubauen: beginnend mit einem Filigran kooperativer Vereinbarungen mit Thailand im Februar 1999.

6.3.2.1.3

Eine zentralasiatische Allianz?

6.3.2.1.3.1

Regional-Kalküle

Mit dem Ende der Sowjetunion im Jahre 1991 sind fünf frühere Sowjetrepubliken, nämlich Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan zu unabhängigen Republiken aufgestiegen.¹⁴ In einen souveränen – und damit sechsten – Staat hat sich seit 1991 auch die früher zwischen China und der einstigen UdSSR politisch einzementierte Mongolei entwickeln können, die bis zum Beginn der 90er Jahre unter Moskauer Vorherrschaft gestanden hatte.

China sah sich also mit einem Male vor die Aufgabe gestellt, seine Beziehungen zu den „westlichen Nachbarn“ neu zu regeln. Dies geschah vor allem im Jahre 1992, als Beijing mit nicht weniger als 15 Staaten – den meisten darunter GUS-Ländern – diplomatische Beziehungen aufnahm. Die Politik folgte hierbei einem weitgehend einheitlichen Schema. Vereinbart wurden die Fünf Prin-

¹¹Der ANZUS-Security Treaty ist ein Sicherheitspakt, der am 1. September 1951 zwischen Australien (A), Neuseeland (NZ) und den USA (US) abgeschlossen wurde, und aufgrund dessen die US-Marine-Basen in den Partnerländern erhielt. Ein „Konsultationsfall“ im Sinne des Art. 3 des ANZUS-Vertrags ist bisher freilich nicht eingetreten; letztlich kommt dem ANZUS nur noch historische Bedeutung zu (Näheres dazu SOAa, 1995/1, S.66-68).

¹²Der ANZUK ist ein Fünf-Mächte-Bündnis, das am 16. April 1971 in London zwischen Australien (A), Neuseeland (NZ) und Großbritannien (UK) zum Schutz Malaysias und Singapurs beschlossen wurde. Es trat an die Stelle des 15 Jahre alten AMDA (Anglo Malaysian Defense Agreement) von 1957. Mit dem ANZUK leitete Großbritannien lediglich einen „Rückzug auf Zeit“ ein. In den 90er Jahren hat der Pakt praktisch keine Bedeutung mehr (Einzelheiten dazu in SOAa, 1984/7, S.355-359).

¹³Die US-Stützpunkte auf den Philippinen, allen voran der Marinestützpunkt Subic Naval Base und der Luftwaffenstützpunkt Clark Airbase wurden 1991 – nach einem vorangegangenen politischen Tauziehen, vor allem aber nach Ausbruch des Vulkans Pinatubo, der die Einrichtungen z.T. verwüstete, aufgegeben. Zu den entsprechenden Regelungen vergl. SOAa, 1991/7, Ü 75.

¹⁴Aserbeidschan wird hier nicht zu Asien, sondern bereits zum Nahen Osten gerechnet.

zipien der friedlichen Koexistenz, regelmäßige Konsultationen, Gewährung der Meistbegünstigung, Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft, der Erziehung, des Sports und des Tourismus, Kooperation im Umweltschutz, Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung, Anerkennung eines eigenen Entwicklungswegs und die Taiwanklausel.¹⁵ Nur wenige Staaten in der Nachfolge der Sowjetunion tanzten hier aus der Reihe, so z.B. Lettland, das es – zur Empörung Beijings – wagte, mit Taiwan ins Benehmen zu treten.

Worauf muß sich die VRCh bei den fünf neuen Republiken in Zentralasien einstellen?

Während die ASEAN längst klare Konturen angenommen hat und auch die SAARC zumindest auf dem Papier fest umrissen ist, liegt ein Zusammenschluß der sechs zentralasiatischen Staaten noch in weiter Ferne. Drei Optionen stehen langfristig zur Diskussion, nämlich fortdauernder Status quo, der vor allem Rußland zugute käme, weil alle sechs Republiken wirtschaftlich auf die Föderation ausgerichtet sind, zweitens Konflikteskalation bis hin zum Krieg¹⁶ sowie, drittens, friedlicher Zusammenschluß.

Am wenigsten zu erwarten ist ein langfristiger Status quo, da die Republiken, stärker noch als andere Teile Asiens, auf Zusammenarbeit und gegenseitige Abstimmung angewiesen sind – man denke an die Aufteilung des in den ariden Regionen so lebenswichtigen Flußwassers des Amu und des Syr Darya oder aber an die Schürfung und den Abtransport der in der Region so reichlich vorhandenen Rohstoffe (Öl, Erdgas, Gold, Uran), nicht zuletzt auch an das gemeinsame Straßensystem, das sich außenstehenden Beobachtern unter der Bezeichnung „Seidenstraßen“ eingeprägt hat. Auch sicherheitspolitisch wären die Sechs am besten beraten, nähmen sie ihre Stabilitätsinteressen nicht getrennt, sondern gemeinsam wahr: Immerhin liegen sie – vor allem die fünf neuen Republiken – am Schnittpunkt vierer Mächte (und Kulturbereiche), nämlich Rußlands, des Iran, Pakistans und Chinas, sehen sich darüber hinaus mit einem entlang der Seiden-/Rauschgiftstraßen anwachsenden Heroinhandel konfrontiert und haben sich nicht zuletzt den Auseinandersetzungen zwischen „islamischem Fundamentalismus“ und „Säkularismus“ zu stellen.

Vereinzelt blieben die Republiken schwach, gemeinsam hätten sie solide Chancen, der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Sehr im Gegensatz zur schlagzeilenträchtigen Meinung, daß Zentralasien das „Schlachtfeld der Zukunft“ sei, ist die Region keineswegs hilflos der Kriegs-Nemesis ausgeliefert, sondern besitzt Gestaltungsmöglichkeiten, wobei als Mittelpunkt für eine Regionalallianz Usbekistan prädestiniert wäre: Dieses Land liegt im Zentrum zwischen den vier anderen (vorwiegend islamisch geprägten) Republiken, beherbergt die größte Einwohnerschaft in der Region und ist nicht zuletzt tief in der Geschichte verankert. Samarkand, Buchara, Chiva und Taschkent sind klingvolle Namen, die daran erinnern, daß Usbekistan bereits in der Vergangenheit das politische Zentrum Zentralasiens war, vor allem zur Zeit Timur Lenks (1336-1405), der

¹⁵Vergl. z.B. das Schema der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Weißrußland, XNA, nach SWB, 13.1.93.

¹⁶Scholl-Latours These von Zentralasien als dem „Schlachtfeld der Zukunft“.

unter dem Namen „Tamerlan“ auch den Europäern bekanntgeworden ist.

Ein Schulter-schluß der zentralasiatischen Republiken dürfte aus zwei Vernunftgründen zumindest im 21. Jh. unaufschiebbar werden: Erstens gilt es, Front gegenüber fundamentalistischen Nachbarstaaten zu beziehen, wobei sich Usbekistan schon heute als Protagonist versteht, und zweitens kann nur friedliche Kooperation die Gefahr von Wasserverteilungskriegen bannen. Letztlich liegt es an den Regierungen, ob sie der Vernunft folgen und sich, auf der usbekischen Linie, zu einem Zweckbündnis zusammenfinden oder ob sie die Zügel schleifen lassen – und damit die Chaos-Option heraufbeschwören. Chaos könnte, wie erwähnt, im Gefolge des islamischen Fundamentalismus, nicht zuletzt aber auch im Gefolge der Rivalität um die zentralasiatischen Rohstoffe entstehen: Sind doch in den zentralasiatischen Nachfolgestaaten der UdSSR 6% der weltweiten Ölreserven und 40% der Gasreserven bereits nachgewiesen – mit der Folge, daß sich in den Ölpoker nicht nur die Republiken selbst, sondern auch die Anrainerstaaten Rußland, Türkei und Iran, nicht zuletzt aber auch die USA mit ihren Hauptinteressenten Chevron und Mobil Oil verwickelt sehen. Wollen die Republiken hier nicht im Regen stehen, sondern partizipationsfähig bleiben, so können sie dies nur Hand in Hand – und nicht auf getrennten Wegen erreichen.

6.3.2.1.3.2

Innenpolitische Kalküle

Wie nun läßt sich die chinesische Interessenlage gegenüber Zentralasien beschreiben?

Kein Zweifel, daß Außenpolitik gegenüber den neuerstandenen Nachbarn in Beijing von vornherein in Zusammenhang mit jenen Provinzen und „Autonomen Regionen“ Chinas gebracht wurde, die an Zentralasien angrenzen, vor allem mit Xinjiang, mit Qinghai und mit Tibet. In diesen kritischen Randregionen des Reichs der Mitte ist es im Laufe der Jahrzehnte ja immer wieder zu Unruhen gekommen, so daß es der chinesischen Führung keineswegs gleichgültig sein kann, welche Nachbarn im Vorfeld dieser volksrepublikanischen Außenbastionen angesiedelt sind.

- *Tibet* beispielsweise hatte sich 1959 zu einem Brennpunkt des Widerstands vor allem der Khambas gegen die chinesische Besatzung entwickelt, in dessen Folge der Dalai Lama sich fluchtartig nach Indien absetzte. Auch während der Kulturrevolution, nicht zuletzt aber im Frühjahr 1989, kam es wiederholte Male zu antichinesischen Protestaktionen, die jedesmal in einem Blutbad erstickt wurden. Kein Wunder, wenn das „Schneeland“ – und sein strategisches Glacis – von Militär- und Sicherheitsbehörden der VRCh besonders scharf überwacht wird.
- Sorgen bereitet auch *Qinghai*, das zwar nicht unmittelbar an die ZA-Republiken angrenzt, in dem aber zahlreiche Minderheiten mit lamabuddhistischem sowie islamischem Glaubensbekenntnis leben. Wie leicht auch hier vermeintliche Kleinigkeiten zu Protesten provinztweiten Charakters ausarten können zeigte der Fall eines (in Chengdu gedruckten) Comic-Heftchens, das 1993 in Qinghai auftauchte und das u.a. einen betenden Muslim neben einem Schwein

zeigte. Diese allenthalben als Beledigung der Muslimbevölkerung – und als Provokation – empfundene Darstellung führte zu wochenlangen Unruhen vor allem in der Provinzhauptstadt Xining.¹⁷ Beijing reagierte, indem es einerseits die Polizei anwies, die Unruhen möglichst unblutig unter Kontrolle zu bringen und indem es gleichzeitig auch außenpolitisch, d.h. gegenüber den islamischen Nachbarstaaten aktiv wurde und bei ihnen um Verständnis bat: Leider werde die Religion in China allzu häufig als Vorwand für Angriffe auf das sozialistische System und auf die Einheit der VRCh mißbraucht. China könne diese religiös verbrämten Angriffe auf seine Souveränität nicht einfach hinnehmen, sondern müsse sich gegen sie zur Wehr setzen.¹⁸

- Vor dem Hintergrund der Suche nach tragfähigen Beziehungen zu den zentralasiatischen Republiken ist es aber vor allem die *AR Xinjiang*, deren 16 Mio. Bewohner zu 13 verschiedenen Nationalitäten gehören und deren Mehrheiten insgesamt sich zum Islam bekennen, weshalb ihre Loyalität gegenüber der VRCh von Beijing zu Recht in Zweifel gezogen wird. Zahlreiche Uiguren, Usbeken, Kasachen und Kirgisen unterhalten überdies grenzübergreifende Verbindungen zu ihren Volks-, ja manchmal auch Stammesgenossen in Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan.

Allein zwischen 1990 und 1993 ist es in Xinjiang zu über 100 antichinesischen Demonstrationen gekommen, die nicht nur für Nervosität bei der Han-Bevölkerung (38% der Einwohnerschaft) sorgten, sondern auf die „Volkspolizei“ und „Volksbefreiungsarmee“ bisweilen überreagiert haben. Gegenüber den zentralasiatischen Nachbarn suchte Beijing dieses Vorgehen u.a. damit zu rechtfertigen, daß separatistische Kräfte am Werk seien, denen es darum gehe, Geister der Vergangenheit zu wecken und beispielsweise erneut eine Bewegung für die Unabhängigkeit Ostturkestans wachzurufen, also den Zustand von 1944 neu zu beleben.¹⁹ Dieser Verdacht habe sich bei den Bombenanschlägen vom Juni 1994 in Kashgar und in Aksu übrigens erneut bestätigt.

Angesichts der Konfliktträchtigkeit Xinjiangs gehört es mit zu den Faustregeln Beijings, daß ZA-Politik immer auch schon Xinjiang-, d.h. Innenpolitik, sein muß – und umgekehrt. Damit der „Moslem-Faktor“ keine Ansteckungsgefahren für Xinjiang mit sich bringt, muß der chinesischen Zentralasienpolitik überdies daran gelegen sein, Stabilität und nochmals Stabilität zu wahren. Der optimale Kurs zeichnet sich hierbei in dreifacher Richtung ab:

Erstens muß China dafür sorgen, daß das Konfliktpotential mit den zentralasiatischen Nachbarn, angefangen vom Grenzverlauf über den massiven Zuzug chinesischer Siedler bis hin zu den (früheren) chinesischen Atomtests in Lop Nor möglichst schnell abgebaut wird. Beim Grenzverlauf ist dies bereits gelungen, nachdem mit den drei Anliegerstaaten Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan sowohl Abgrenzungs- als auch Sicherheitsvereinbarungen unter Dach und Fach gebracht werden konnten. Da Chi-

¹⁷XNA, 5.10.93.

¹⁸Näheres C.a., 1993/12, Ü 7.

¹⁹Vergl. dazu u.a. C.a., 1993/12, Ü 7.

na sich im September 1996 überdies der Konvention über die Einstellung von Atomtests angeschlossen hat, scheint auch das Lop-Nor-Problem entschärft zu sein. Bleibt also vor allem die Siedlerfrage, die freilich schwer in den Griff zu bekommen ist und deshalb noch lange weiterschwellen dürfte.

Zweitens wäre der VR China am besten damit gedient, wenn sich Xinjiang zu einem Vorbild und zu einem Modell für die zentralasiatischen Nachbarstaaten wandelte, wenn also aus dem potentiellen Ansteckungsherd – konfuzianisch ausgedrückt – ein „Polarstern“ würde, um den herum die ZA-Republiken bewundernd ihre Kreise zögen. Defensive würde damit im Handumdrehen zur „impansionistisch“ vorgetragenen Offensive.

Ein prosperierendes Xinjiang könnte sich darüber hinaus verstärkt in den Grenzhandel mit Zentralasien einschalten – und wäre damit auch wirtschaftlich ein Gewinn.

Drittens muß China seine Stabilisierungsinteressen mit dem Hauptnachbarn auf dem eurasiatischen Kontinent, nämlich mit Rußland, koordinieren: Beide Reiche sind ja gerade in Zentralasien an einer Eindämmung des Muslim-Fundamentalismus, darüber hinaus an einer Abschottung der Region gegen pantürkische Tendenzen und nicht zuletzt an einer Entschärfung der ethnischen Konflikte interessiert, ziehen hier also an einem gleich dreifach gewirnten Strang, der noch auf lange Zeit hin für Interessengemeinschaft sorgen dürfte!

6.3.2.1.4

Südasiens: Der „ferne“ Subkontinent

6.3.2.1.4.1

SAARC: Die südasiatische Siebenergemeinschaft

In weitaus diffuserem Zustand als die südostasiatische Allianz der ASEAN tritt die SAARC²⁰ zutage, die im April 1981 in Colombo von sieben südasiatischen Staaten (Indien, Pakistan, Bangladesch, Sri Lanka, Nepal, Malediven und Bhutan) aus der Taufe gehoben worden war, und zwar mit dem erklärten Ziel, in der heimischen Region die ASEAN-Gemeinschaft nachzubilden. Am kooperationswilligsten zeigten sich hierbei die Vertreter von Sri Lanka und Bangladesch, während auf der anderen Seite die beiden größten Staaten des Subkontinents, nämlich Indien und Pakistan, die sich 1947 auf blutige Weise voneinander getrennt hatten und die einander seitdem Gewehr bei Fuß gegenüberstehen, eher zu den Bedenkensträgern gehör(t)en.

Obwohl der Siebenerclub mittlerweile zweimal jährlich eine Außenministerkonferenz abhält und sich auch einen Ständigen Ausschuß sowie ein Generalsekretariat zugelegt hat, muß er als authentisches Regionalbündnis so lange Utopie bleiben, als nicht die bisher so unversöhnlich aufeinanderprallenden Hauptkonflikte gelöst sind, angefangen von der Kaschmirfrage (Indien/Pakistan) über den Ganges-/Brahmaputrastreit (Indien/Bangladesch) und das Tamilenproblem (Indien/Sri Lanka) bis hin zu den Dominanzängsten der Himalayastaaten gegenüber Indien. Auch sorgt das politische Gefälle zwischen Kleinstaaten wie Bhutan oder Maledivien

einerseits und den Kolossen Pakistan, Bangladesch und vor allem Indien dafür, daß es wohl noch auf Jahrzehnte hinaus zu keiner wirklich vertrauensvollen Annäherung kommen kann.

In unendliche Ferne scheinen jene Zeiten gerückt zu sein, als die „Region um den Golf von Bengalen“ noch als einheitlicher Raum galt, der sowohl kulturell als auch politisch unter indischem Einfluß stand, wobei sich Bengalen, Ceylon, Sumatra, Siam, Birma und die Fürstentümer auf der Malaiischen Halbinsel als eine Gemeinschaft empfanden, die sich in das Erbe des Buddhismus, der Sanskritliteratur sowie jener brahmanischen „Entwicklungshilfe“ teilten, zu der Verwaltungs-, Architektur- und Infrastrukturtechniken ebenso gehörten wie Religion, Literatur und indische Schrift, indisches Recht und indische Mathematik, indische Zeitrechnung und indische Ästhetik. Spätestens seit der Kolonialzeit sind diese Bande zerschnitten worden – und es erscheint schwer vorstellbar, daß sie je in der alten Dichte wieder geknüpft werden können.

Vor allem den Ländern Südostasiens erscheint Indien – und nun gar die südasiatische Region als ganze – heutzutage als ferne Welt. Nicht selten entsteht der Eindruck, als halte das Abdriften immer noch an. Nur so ließe es sich auch erklären, warum die Mitglieder der Siebenergemeinschaft zu ost- und südostasiatischen Neubildungen à la APEC, ARF oder ASEM bisher (1999!) kaum haben Zugang finden können und daß sie dort wohl auch in Zukunft vor (halb-)verschlossenen Türen stehenbleiben.

6.3.2.1.4.2

Die Attribute Südasiens aus chinesischer Sicht

Noch lange bevor 1981 die SAARC aus der Taufe gehoben wurde, hatte China die Region Südasiens als ein eigenständiges Subsystem wahrgenommen und sie nach Prinzipien des Nullsummenspiels in seine Zielsetzungen und Strategien eingebaut: Je besser also das Verhältnis zu Indien, desto unwichtiger pflegten die anderen sechs Mitglieder zu werden; je düsterer andererseits das chinesisch-indische Binnenklima, um so heller begann die chinesische Sonne über den anderen Sechs, vor allem aber über Pakistan zu erstrahlen, denen ja allen, wie China kühl registrieren konnte, eine indienkritische Haltung gemeinsam war. Hier ließ sich also trefflich eine Politik des „Teile und Herrsche“ betreiben, wie es in diesem Ausmaß der ASEAN gegenüber kaum möglich gewesen wäre.

Letztlich bestimmte sich das Klima zwischen China und Südasiens also fast ausschließlich nach der Temperatur im chinesisch-indischen Verhältnis, die sich nicht weniger als vier Mal, nämlich 1954, 1962, 1971 und 1981 ff., ruckartig veränderte:

- 1954 war das bis auf den heutigen Tag sonnigste und wärmste Jahr, obwohl die Besetzung Tibets durch China (1950) in der indischen Öffentlichkeit noch wenige Jahre vorher antichinesische Emotionen wachgerufen hatte. Gleichwohl war es dem damaligen Ministerpräsidenten Nehru gelungen, die Wogen wieder zu glätten und in der Lokh Saba, dem indischen Parlament, die Anerkennung der chinesischen Rechte an Tibet durchzusetzen. China schloß mit Indien daraufhin einen Vertrag, in den erstmals jene „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ einfließen, die ein Jahr

²⁰South Asian Association for Regional Cooperation.

später auf der Bandung-Konferenz zu einem Glaubensbekenntnis der Dritten Welt werden sollten. Nehru wollte mit seiner damaligen Politik den Weg der Verständigung mit China um fast jeden Preis gehen. Als Gegenleistung erhoffte er sich chinesische Großzügigkeit in der heiklen Grenzfrage.

- Diese Hoffnung trog jedoch, denn gerade wegen der Grenzspannungen brach 1961/62 zwischen beiden Seiten ein Krieg aus, der von China gewonnen und mit einem für Indien demütigenden Waffenstillstand beendet wurde. Die Freundschaft von 1954 begann einer tiefen Feindschaft Platz zu machen, die mehr als zwei Jahrzehnte vorhalten sollte.
- In diese Phase – und zwar in das Jahr 1971 – fielen zwei schwerwiegende Ereignisse, nämlich der indisch-pakistanische Krieg um die Loslösung Ostbengalens, d.h. des späteren Bangladesch, von Pakistan – ein militärisches Ringen, das bekanntlich zugunsten Indiens ausging –, und der Abschluß des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrags im August des gleichen Jahres, der jene Machtbalance zerstörte, die sich seit 1947 auf dem Subkontinent mühsam herausgebildet hatte. Nicht mehr Indien und Pakistan waren nun die einander ausgleichenden Gewichte, sondern Indien und die Sowjetunion auf der einen, Pakistan sowie China aber auf der anderen Seite.
- Wiederaufgenommen wurden beiderseitige Gespräche erst nach einer zwanzigjährigen, von wechselseitigen Gehässigkeiten ausgefüllten diplomatischen Pause, nämlich im Dezember 1981, wobei sich beide Seiten vorerst freilich nur auf Vizeaußenministerebene aneinander herantasteten. Es bedurfte der persönlichen – und mutigen – Initiative des damaligen indischen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi, ehe die Gespräche 1988 zum ersten Mal seit Nehrus Zeiten wieder auf Ministerpräsidentenebene angehoben wurden. Auch die Grenzverhandlungen kamen daraufhin wieder schneller in Gang und wurden schließlich im September 1993 durch ein Grenzabkommen gekrönt, dessen Hauptvereinbarung darin bestand, daß an den gegenwärtigen Kontrolllinien festgehalten werden sollte. Beim Indienbesuch Jiang Zemin im November 1996 wurde überdies noch ein Abkommen über „Vertrauensbildende Maßnahmen militärischer Art entlang der Kontrolllinie“ unterzeichnet und außerdem eine „Gemeinsame Arbeitsgruppe für Grenzfragen“ gebildet.²¹

Trotz solcher Annäherungen gab es im beiderseitigen Verhältnis noch viele Zeitbomben, die auch jetzt noch weitertickten, angefangen von der (auch in den 80er Jahren weiterhin andauernden) indischen Anlehnung an die Sowjetunion über den Bau der Karakorum-Hochstraße durch die Chinesen (im Mai 1981 wurde z.B. der Khunjerab-Paß eröffnet) bis hin zu den pakistanisch-chinesischen Sonderbeziehungen und jener entschieden propakistanischen Haltung Chinas in der Kaschmir-Frage, die auf indischer Seite immer wieder zu antichinesischen Ressentiments führte. Nicht vergessen blieb auch das indische Trauma von 1962, das dazu führte, daß sich in der Lokh Saba bis Mitte der 90er Jahre kaum chinafreundliche Beschlüsse durchsetzen ließen, geschweige denn seit

jenen Wahlen von 1996, die den Hindunationalisten Auftrieb gegeben haben. Nicht zuletzt aber ist die breite indische Bevölkerung schlecht auf China zu sprechen: Dies hängt mit Tibet und mit der Schmach von 1962, nicht zuletzt aber auch mit Empfindlichkeiten hinsichtlich definitiver Grenzregelungen zusammen: Die Himalayagipfel sind nach indischer Tradition ja Sitze der Götter und die Flüsse Quellen der Kultur. Auf heilige Gebiete dieser Art zu verzichten liefe auf eine Verstümmelung des heiligen Leibs von „Bharat Mata“, der „Mutter Indien“, hinaus.

Stärker noch als all diese Einzelpunkte dürften es allerdings die so grundverschiedenen Regionalismus-Vorstellungen Beijings und Delhis sein, die das beiderseitige Verhältnis auch in Zukunft belasten: Außenpolitisch denkt Indien immer noch in den Dimensionen des alten britischen Imperiums, das bekanntlich ja auch Pakistan und Bangladesch mit umfaßte. Ansprüche Indiens auf hegemonialen Vorrang im südasiatischen Gesamttraum werden in Indien selbst nicht nur wegen des historischen Vermächtnisses, sondern auch wegen der schieren Größe der Union als natürlich empfunden und sind ein Leitmotiv indischer Außenpolitik. Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, liegen auf der Hand und lassen sich auf folgende drei Punkte bringen: (1) Solidarität mit all jenen Großmächten (früher der Sowjetunion, heute Rußland), die den Regionalhegemonismus Indiens unterstützen, Gegnerschaft aber zu jenen Ländern, die, wie China, diesem Anspruch entgetreten; (2) Unterstützung ferner Vietnams, das analog zu Indien lange Zeit eine Führungsrolle auf dem südostasiatischen Festland beanspruchte – und nicht zuletzt (3) herrische Einstellung gegenüber den eigenen Nachbarn (Pakistan, Bangladesch, Sri Lanka und den Himalayastaaten), die nun wiederum ihrerseits Schutz bei China suchen.

Angesichts dieses für die Region Südasien so typischen Widerspiels der Kräfte war es kein Wunder, daß China sich gleichsam blind mit dem Hauptwidersacher Indiens, nämlich mit Pakistan, zu einer Entente cordiale zusammenfand, allerdings erst Ende der 50er Jahre. Solange nämlich mit dem Indien Nehrus noch gute Beziehungen bestanden, hatte das damals eng mit dem Westen liierte Pakistan als Feind gegolten. Je mehr sich dann jedoch die Konflikte mit Indien häuften, um so näher begann China an Pakistan heranzurücken. Als es gar zum chinesisch-indischen Grenzkrieg kam, schloß die Volksrepublik mit Pakistan ostentativ einen Grenzvertrag ab (1961), stellte sich nun auch in der Kaschmirfrage hinter den südwestlichen Nachbarn und wurde fortan zum wichtigsten Entwicklungshilfegeber und Waffenlieferanten Islamabad.

Nicht nur die Pakistan-, sondern auch die Bangladesh-Politik Chinas entwickelte sich spiegelbildlich zum Indienkurs: Wann immer Dhaka mit Delhi auf freundschaftlichem Fuße stand – und damit zu Islamabad auf Gegenkurs ging – fiel Schatten auf das chinesisch-bengalische Verhältnis. Rückte Bangladesh dagegen von Indien ab, so begann sich das chinesisch-bengalische Verhältnis sogleich wieder zu verbessern, wobei es gar nicht einmal darauf ankam, ob sich zur gleichen Zeit auch die Beziehungen zwischen Dhaka und Islamabad aufhellten.

Seit Mitte der 90er Jahre ist die Beziehung zwischen den beiden größten asiatischen Entwicklungsländern, China und Indien, nicht gerade einfacher geworden. Drei Er-

²¹Näheres C.a., 1996/12, Ü 4.

schwernisse sind vielmehr hinzugekommen, nämlich (1) der Vormarsch des Hindunationalismus, der mit dem BJP-Sieg von 1996 einsetzte, (2) der nukleare Amoklauf Indiens und Pakistans vom Frühjahr 1998²² und (3) die von Delhi beargwöhnten, von Beijing aber geleugneten Versuche Chinas, unter Einbeziehung Myanmars eine „Zwei-Ozean-Strategie“ zu entwickeln.²³

Mit zusammengekniffenen Augen beobachtet Beijing auch die Annäherungsversuche Indiens an Pakistan, die mit der „Bus-Diplomatie“ des indischen Ministerpräsidenten Vajpayee am 20. Februar 1999 begann. Man darf sicher sein, daß die VRCh das Ihrige dazu beiträgt, daß die Annäherung eine Episode bleibt.

Einem „Koloß“ wie Indien gegenüber dürfte China auch in Zukunft eine andere Sprache sprechen als gegenüber kleineren Staaten, mit denen Beijing höchst sensibel umzugehen pflegt: Mit Nepal konnte es sich beispielsweise auf eine salomonische Teilung des Chomolungma/Mt.Everest einigen, und auch gegenüber Ländern wie Kirgistan hat es sich bei der Grenzfestlegung nie kleinlich gezeigt.

Eine Parallele zu Nepal findet sich beim südostasiatischen Kleinstaat Laos, der die Abmachungen von 1991/91 über die 500 km lange gemeinsame Grenze durchaus befriedigend fand.²⁴

China ist neben Thailand Hauptinteressent am Bau einer Durchgangsstraße durch Laos. Diese Strecke wäre eines Tages auch Teil des Asian Highway von Singapur bis hinauf ins chinesische Kunming.

Laos hat hier einerseits die Chance, zu einem Östereich oder einer Schweiz Asiens zu werden, wo sich Nord und Süd begegnen; oder es gerät in Gefahr, schlimmstenfalls von den „Elefanten“ zertrampelt werden.

Man glaubt in Vientiane aber, auf die Redlichkeit des nördlichen Nachbarn vertrauen zu dürfen. Hier bestehen m.a.W. Parallelen zu den südasiatischen Himalaya-Staaten.

6.3.2.1.4.3

Zielsetzungen Chinas

Lange Zeit war es der Beijinger Außenpolitik vor allem darum gegangen, das enge Verhältnis Indiens mit der Sowjetunion aufzubrechen. Nachdem der „Sowjethegemonismus“ mittlerweile längst der Vergangenheit angehört, die Geschichte also ein Machtwort gesprochen hat, sind drei Anliegen übriggeblieben, die der chinesischen Außenpolitik nach wie vor besonders am Herzen liegen, nämlich (1) Regelung der Grenzfragen,²⁵ die ja nicht nur eines juristischen Schlußstrichs bedürfen, sondern auch einer noch viel Zeit erfordernden politischen Abkühlung, (2) Herstellung eines möglichst stabilitätsfördernden Regionalausgleichs, der, wenn es chinesischen Vorstellungen nach ginge, auf der Basis des indisch-pakistanischen Simla-Abkommens von 1972 erfolgte; in Simla waren die beiden Nachbarn bekanntlich darin übereingekommen, ihre Konsultationen weiterzuführen, sich an die nach dem Krieg von 1971 in

Kaschmir entstandene Kontrolllinie zu halten und sich mit den fünf anderen Ländern der Region zu einer südasiatischen Gemeinschaft zusammenzuschließen, wie sie in der 1981 entstandenen SAARC ja dann tatsächlich Gestalt angenommen hat – allerdings in einer noch überaus provisorischen Art und Weise. Solange die Zielsetzung Nr.2 unerfüllt bleibt, müßte es der VR China (3) um Beibehaltung von Sonderbeziehungen zu Pakistan gehen, die, wie erwähnt, um so solider ausfallen, je spannungsreicher sich das Verhältnis zwischen Beijing und Delhi gestaltet: Aus chinesischer Sicht ist Pakistan ja in der Tat seit Jahrzehnten der engste Verbündete Chinas in Asien, aus pakistanischer Sicht wiederum gilt das Verhältnis zu China als „Eckstein der Außenpolitik“ und als Ausdruck von „Allwetterfreundschaft“.²⁶

Ob das Ende der Bipolarität an diesen „historischen“ Entwicklungen tatsächlich etwas ändert,²⁷ bleibt abzuwarten. Das fortbestehende chinesisch-indische Mißtrauen jedenfalls spricht eher für eine weiterfunktionierende Achse China-Pakistan!

6.3.2.1.5

Drei-, Vier-, Fünf- und Sechsecke in Asien

Chinesischen Zuspruch finden schließlich auch die seit den 80er Jahren vor allem in Südostasien überall aus dem Boden schießenden subregionalen Drei-, Vier-, Fünf- und Sechsecke.

* *Dreiecke*: Die Geburt des ersten „Growth Triangle“ erfolgte 1989, und zwar in Form des sog. „Southern Triangle“, das auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Singapur (Kapital und Technologie), dem malaysischen Johore (Arbeitskräfte) und dem indonesischen Riau-Archipel (mit den beiden Inseln Batam und Bintan: Boden und Arbeitskräfte) hinauslaufen sollte. Unter dem Akronym „SI-JORI“ entwickelte es sich zum Vorbild für weitere Gebilde ähnlichen Gepräges, nämlich für das 1993 ins Rennen gegangene „Nördliche Wachstumsdreieck“ („Indonesia-Malaysia-Thailand Growth Triangle: IMT-GT“) sowie für das 1994 entstandene „Östliche Wachstumsdreieck“ („EAGA: East ASEAN Growth Area“) mit den Regionen Nordsulawesi, Ost- und Westkalimantan (Indonesien), Sabah und Sarawak (Malaysia), Brunei und der südphilippinischen Insel Mindanao.²⁸

Initiator dieser neuartigen Arealstrategie war der Stadtstaat Singapur, der Ende der 80er Jahre eine Wirtschaftskrise hatte durchlaufen müssen und der nun versuchte, seine drei Hauptdefizite, nämlich Bodenknappheit, Arbeitskräftemangel und fehlendes Grundwasser, dadurch zu kompensieren, daß er sich Partner suchte und zu diesem Zweck mit den benachbarten malaysischen sowie indonesischen Regionen, denen dieses dreifache Potential reichlich zur Verfügung stand, ein Kooperationsbündnis einging.

Die VR China applaudiert solchen Neubildungen nicht nur wegen ihrer Sympathien für Singapur, sondern auch wegen der Wachstumssynergien, die von solchen Dreiecken ausgehen und die mittlerweile sogar von multilateralen Geldgebern wie der AEB honoriert werden. In einer

²²Dazu C.a., 1998/5, S.524-527.

²³Ausführlich hierzu C.a., 1996/1, Ü 3, 1993/5, Ü 2 und 1994/4, Ü 2.

²⁴Dazu SOAa, 1993/3, S.120 und XNA, 4. und 5.12.93.

²⁵Dazu Teil 2 dieser Serie, C.a., 1998/7, S.706-711.

²⁶C.a., 1993/12, Ü 5.

²⁷In diesem Sinne XNA, 24.11.93.

²⁸Einzelheiten dazu in SOAa, 1995/7, S.289-308, hier 291 f.

Region, die durch so krasse Gefällestufen zerrissen ist wie Südostasien, scheinen sich Wachstumsdreiecke der bisher entstandenen Art als Ei des Kolumbus zu erweisen, da sie wirtschaftlich „komparative Vorteile“ bringen und politisch die Chancen zu friedlicher Konfliktlösung erhöhen.

- Durch die geplante Zusammenarbeit zwischen Süchina, Myanmar, Laos und Nordthailand soll darüber hinaus ein neues, vor allem durch Tourismus, Landwirtschaft und Bergbau untermauertes *Viereck* entstehen, das die bisherigen mit dem „Goldenen Dreieck“ verbundenen Assoziationen an Opium und Heroin vergessen läßt. Die VR China hat von Anfang an als Initiator hinter dieser Planung gestanden, ohne allerdings das Mißtrauen ihrer kleinen Nachbarn ganz zerstreuen zu können.
- Nicht aus chinesischer, sondern aus thailändischer Quelle²⁹ stammt dagegen das Projekt einer *Fünfer-Gemeinschaft* des „Goldenen Halbinsellandes“, das von der Vision einer Sphäre gemeinsamen Wohlstands aller fünf Länder des festländischen Südasiens (Thailand, Myanmar, Vietnam, Laos, Kambodscha) ausgeht und in dessen Mittelpunkt das wirtschaftlich am höchsten entwickelte Thailand stehen solle. Besonders werbewirksam wurde dieses Konzept, dem auch China spontan Beifall spendete, unter der Parole „verkauft“, daß aus ehemaligen Kriegsschauplätzen Marktplätze werden sollten.
- Eine *Sechser-Gemeinschaft* dürfte sich schließlich längerfristig zwischen den Anliegerstaaten des Mekong herausbilden. Dem Mekongausschuß, der erstmals 1955 gebildet wurde, der „zwischendurch“ eine fast dreißigjährige „Kriegspause“ einlegte, inzwischen aber wieder funktioniert, gehören einstweilen zwar nur die vier Anlieger des Unteren Mekongbeckens, nämlich Thailand, Laos, Kambodscha und Vietnam an, doch wird es sich für die Anlieger am oberen Mekongabschnitt, der in China Lancang heißt, wohl kaum vermeiden lassen, daß sie – im Interesse der Ökologie und der Wasserverteilungsgerechtigkeit – ebenfalls beitreten. Kein anderes Flußsystem in Asien, die zentralasiatischen Ströme Amu und Syr Darya einmal ausgenommen, befindet sich in einer ökologisch so ausgesetzten Lage wie der Mekong.³⁰

6.3.2.1.6

Das Sonderphänomen der „Großchinesischen Wirtschaftszone“

In aller Stille hat sich seit den 80er Jahren auch eine „Großchinesische Wirtschaftszone“ herausgebildet, die allerdings, obwohl sie in der Weltwirtschaft unter die zehn nach Kapital und Umsatz führenden Akteure eingereicht werden könnte, keinerlei formelle Organisationsstrukturen staatlicher oder regionaler Provenienz aufweist – und deshalb erst in Teil V zu behandeln ist.

²⁹1988 vom damaligen thailändischen Ministerpräsidenten Chatchai vorgeschlagen.

³⁰Einzelheiten dazu in SOAa, 1995/7, S.273-288.

6.3.2.1.7

Eine ANEAN?

Während Südostasien im Zeichen der ASEAN tragfähige Ausgleichsmechanismen geschaffen und selbst Südasiens das Rahmenwerk für eine Regionalisierung zumindest abgezurkt hat, herrscht in der Region Nordostasien auch am Ende des 20. Jhs. noch Ratlosigkeit und überdies ein Eisschrankklima, das sich nicht so schnell erwärmen dürfte: Japan und die beiden Koreas sowie China und das nach wie vor an der Okkupation der Kurileninseln festhaltende Rußland stehen sich hier mit versteinerten Gesichtszügen gegenüber.

Obwohl eine ARF in Nordasien weitaus wichtiger wäre als in der Region Südostasien, bestehen doch auf absehbare Zeit kaum Chancen für die Herausbildung einer der ASEAN auch nur von ferne äquivalenten ANEAN (Association of North East Asian Nations), von einem nordostasiatischen „Regional Forum“ ganz zu schweigen.

Welche Haltung nimmt hier die VRCh ein?

Über die oben erwähnten Schwierigkeiten einer ANEAN-Geburt war Beijing lange Zeit offensichtlich keineswegs unglücklich; glaubte es doch, aufgrund seiner guten Beziehungen zu sämtlichen Parteien die Probleme besser auf *bilaterale* Weise in den Griff bekommen zu können als auf dem Umweg über multilaterales Taktieren. Doch hat sich hier der Wind innerhalb nur weniger Jahre um beinahe 180 Grad gedreht: Hatte die VRCh nämlich zu Nordkorea vier Jahrzehnte lang ein „Verhältnis wie zwischen Lippen und Zähnen“ pflegen können, während Südkorea, Japan und eine Zeitlang auch die Moskauer „Sozialimperialisten“ auf der Gegenseite gestanden hatten, so sieht sie sich seit 1992 in eine spiegelbildlich umgekehrte Situation versetzt: Mit Rußland ist es nämlich längst zu Entspannung, mit Japan zu einem wirtschaftlichen Sonderverhältnis und sogar mit Südkorea zur großen Wende, nämlich zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen gekommen – und zwar am 24.8.1992. Kurz zuvor hatte Beijing bereits die UNO-Mitgliedschaft Südkoreas befürwortet und damit praktisch den Alleinvertretungsanspruch Nordkoreas untergraben – mit der Folge eines Klimasturzes im chinesisch-nordkoreanischen Verhältnis: Nordkorea zeigt der VRCh seither ein versteinertes Gesicht, ließ sogar Militärverbände zu den chinesischen Grenzen hin aufmarschieren, erklärte im März 1993 seinen Wiederaustritt aus dem Atomwaffensperrvertrag, dem es erst ein Jahr vorher, nämlich Anfang 1992 beigetreten war und sagte im übrigen den seit langem geplanten Besuch Kim Jung Ils in China ab.

Noch zwei weitere Ereignisse führten zu einer Verhärtung der Frontenstellung, nämlich der Tod Kim Il Sungs im Juli 1994, mit dem ein Hauptverfechter der Chinaoption von der politischen Bühne verschwand, und desweiteren die Flucht eines der führenden nordkoreanischen ZK-Mitglieder, Hwang Jang-Yops, im Februar 1997, deren äußere Umstände noch dadurch kompliziert wurden, daß Hwang als Ort seines Absprungs ausgerechnet die chinesische Hauptstadt gewählt hatte, wo er in der südkoreanischen Botschaft Zuflucht suchte – mit der Folge, daß die chinesische Polizei einzugreifen gezwungen war, um die Peinlichkeit einer gewaltsamen Entführung Hwangs durch nordkoreanische Stoßtrupps zu vereiteln.

Kein Wunder, wenn die VRCh, die sich, an der Seite Pyöngyangs, noch 1950 mit einer Millionenarmee am Koreakrieg beteiligt hatte, inzwischen fast jeglichen Einfluß auf Nordkorea verloren hat – eine Tatsache, die in ihrer ganzen Tragweite vor allem bei den New Yorker Vierergesprächen vom Juli 1997 deutlich wurde, an denen die beiden koreanischen Staaten, die USA und die VR China teilnahmen.³¹

China hatte die Annäherung an Südkorea aufgrund eines eiskalten Kalküls betrieben, dem vor allem wirtschaftliche Überlegungen zugrunde lagen: Verfügte die „Demokratische Volksrepublik“ im Norden z.B. 1996 über 23 Mio. Menschen und über ein BIP von gerade einmal 20 Mrd. US\$, so kommt die im Süden gelegene „Republik Korea“ auf 44 Mio. Einwohner und auf ein BIP von 338 Mrd. US\$, also das fast Zwanzigfache.

Eine Wiedervereinigung der beiden koreanischen Staaten würde von Beijing übrigens begrüßt, weil sie zur Entspannung beitrüge – und zwar gleichgültig, ob dieser Prozeß über die Gründung einer „Konföderation“ (im Sinne der Wünsche Pyöngyangs) oder aber über eine Abfolge kleiner Schritte (durch Wiederherstellung des Reise-, des Post- und des Eisenbahnverkehrs sowie der wissenschaftlichen, sportlichen und kulturellen Verbindungen) verlief (so der Vorschlag Seouls).

Nach wie vor geht der Hauptwiderstand gegen eine Wiedervereinigung also keineswegs von außen, sondern von den beiden koreanischen Seiten selbst aus: den Nordkoreanern, weil sie wissen, daß das südkoreanische System bei einem Nachgeben in ihr Land geradezu implodieren würde, den Südkoreanern aber, weil sie sich – vor allem anhand des Studiums der deutschen Wiedervereinigung – längst konkrete Vorstellungen darüber verschafft haben, wie teuer sie und ihre empfindliche Volkswirtschaft ein solcher Schritt zu stehen käme.

Ziel der 1997 begonnenen Vierergespräche muß gleichwohl kurzfristig eine Entschärfung der brisanten Spannungen, mittelfristig eine Einbindung Nordkoreas und langfristig die Wiedervereinigung sein.

Eine regionale Lösung der Koreafrage verspricht angesichts der Besonderheiten Nordkoreas, das nicht nur auf *Juche* (Eigenständigkeit) pocht, sondern auch letzter Vertreter des stalinistischen Regimetyps sowie erste Verkörperung einer kommunistischen Dynastie ist, keine guten Aussichten. Beijing sieht sich hier besser beraten, entweder weiterhin auf „Bilateralismus“ oder aber auf die erwähnte „Vierergelösung“ zu setzen.

Selbst das 1991 vom UNDP vorgeschlagene und auf Regionalisierungsüberlegungen aufbauende *Tumen-Projekt*, bei dem die beiden koreanischen Staaten, Rußland, China und die Mongolei sowie vielleicht auch Japan wirtschaftlich miteinander kooperieren könnten, bleibt solange eine Totgeburt, wie Nordkorea auf seinem bisherigen Isolationskurs verharret³² und wie überdies auch Rußland nicht aus seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauskommt.

Aufgeschoben ist freilich nicht aufgehoben. Vor allem an China würde das Tumen-Projekt nicht scheitern: An der Verwirklichung der UNDP-Vision ist Beijing ja mindestens genauso interessiert wie die Wirtschaft Japans!

6.3.2.1.8

Keine panasiatischen Visionen

Ungeachtet aller nach außen hin demonstrierten Begeisterung für APEC, ASEAN, AFTA und SAARC – sowie für ähnliche Ansätze gesamt- und subregionaler Art –, zeigt sich China doch merkwürdig zurückhaltend, wenn es um panasiatische Visionen geht. Dies mag einerseits mit dem Wunsch zusammenhängen, realitätsbezogen zu bleiben, also die politische Bodenhaftung nicht zu verlieren, hat möglicherweise aber noch mehr damit zu tun, daß die VRCh als gebranntes Kind das Feuer scheut; hatte sie sich doch in maoistischer Zeit allzu weit aus dem Fenster gelehnt und nicht weniger als drei Panasiatisierungsversuche mitinszeniert, nämlich die Revolutionierung (1949-1971), die „Bandungisierung“ (Bandung-Konferenz von 1955) und nicht zuletzt die Dualisierung Asiens, als sie nämlich Anfang der 60er Jahre das Experiment wagte, zusammen mit dem Indonesien Sukarnos eine „asiatische“ Gegen-UNO, eine „asiatische“ Gegenideologie und sogar eine eigene asiatische Gegen-Olympiade auf die Beine zu stellen, die, wäre das Experiment gelungen, einen Riß mitten durch Asien zur Folge gehabt hätte.

All diese Ansätze sind bekanntlich gescheitert: Die „Revolutionierung“ Asiens (zuerst nach sino-sowjetischem, dann nach „linksstrategischem“³³ Muster) gehörte spätestens seit dem Sturz Lin Biaos im Jahre 1971 wieder der Vergangenheit an.

Was den Geist von Bandung, nämlich den Zusammenschluß der von kolonialer Vorherrschaft befreiten Staaten Asiens und Afrikas zu einer solidarisch geeinten Dritten Kraft anbelangt, so war er spätestens mit dem indisch-chinesischen Grenzkrieg von 1962 wieder verfliegen und hat sich seitdem – im Zeichen gegenseitiger politischer Konflikte sowie schnell wachsender wirtschaftlicher Gefälle – vollends aufgelöst.

Die mit Indonesien ausgeheckten „Gegen“-Pläne schließlich hatten sich mit dem indonesischen „September-Umsturz“ von 1965 und der daraufhin einsetzenden schrittweisen Entmachtung Sukarnos ebenfalls schnell wieder verflüchtigt.

Gerade damals, in den 60er Jahren, konnte die chinesische Führung, soweit sie dies nicht ohnehin schon gewußt hatte, die Erfahrung machen, daß „Asien“ letztlich doch nur eine europäische Erfindung war und als solches in der Geschichte genausowenig existiert hatte wie ehemals „Indonesien“, „Indien“ oder gar die „Philippinen“.

Zusammengehörigkeit konnte – und kann – nach alledem nur von einer gemeinsamen *Zukunft* her postuliert werden – analog zur Parole Lee Kuan Yews: „Think Singapore!“

So ernüchternd wirkte dieses Scheitern der panasiatischen Hoffnungen, daß China sich heutzutage strikt gegen jegliche Versuchung sträubt, Visionen und Träumen

³¹Näheres zur Koreafrage im Thema „Neuer Anlauf zur Lösung der Koreafrage“, C.a., 1997/7, S.665-668.

³²Einzelheiten dazu bei Manfred Pohl, „Goldenes Dreieck. Wirtschaftssonderzone Tumen-Delta: Reaktionen Japans und der Nachbarstaaten“, in: *Japan*, 1993/6, S.88-93.

³³Dazu 3.2.1 in C.a., 1998/8, S.818 f.

in dieser Richtung auch nur sekundenlang nachzugeben. Eine KSZA nach dem Muster der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) scheint daher in weite Ferne gerückt zu sein.

Verbleibt also, wenn schon der Weg zur *politischen* Einigung verbaut ist, allenfalls noch die Chance einer *wirtschaftlichen* Vereinigung – z.B. nach dem Schema der früheren EWG.

Als AWG-Kandidaten kämen allerdings nur solche Volkswirtschaften wirklich in Betracht, die sich aufgrund ihres erreichten oder in Kürze erreichbaren sozioökonomischen Entwicklungsniveaus für einen solchen Zusammenschluß ernsthaft qualifizieren könnten. *Andere* Integrationsdeterminanten wären im AWG-Kontext wenig hilfreich – schon gar keine „asiatischen“ Gemeinsamkeiten pseudohistorischer Art, wie sie beispielsweise im europäischen Kontext lange Zeit in Form des Panslawismus gepflegt, dann aber im Zeichen des Stalinismus brutal abgestraft worden sind.

Die Kandidatenrunde der für einen engeren AWG-„Zirkel“ (Caucus) in Betracht kommenden Länder zeichnet sich seit einigen Jahren in erstaunlicher Klarheit ab und umfaßt die ASEAN-Staaten, die drei Chinas sowie Südkorea und Japan, bezeichnenderweise aber kein einziges Land aus der Region Südasiens.

Alle genannten 15 Länder des Zirkels gehören auch bereits zum APEC, zum ARF sowie zum ASEM und wären überdies auch die tragenden Säulen des von Malaysia vorgeschlagenen EAEC, der sich damit am Ende wenigstens als Hauptplattform für AWG-Neubildungen empfehlen könnte. Da sich Malaysia mit seiner EAEC-Vision allerdings zu weit aus dem Fenster gelehnt hat und da die 1997 ausgebrochene Asienkrise Visionen einstweilen ohnehin hat schal werden lassen, besteht an einer AWG momentan wenig Interesse, auch nicht bei der VR China, die sich lieber an solide Besitzstände à la APEC und ARF hält.

6.3.2.2

Regionen in der westlichen Welt

6.3.2.2.1

Die Europäische Union

Da die EU nicht nur ein Regionalbündnis, sondern, mehr noch, einer der integrierenden Bestandteile des weltweiten Fünfecks ist, wurde ihr Verhältnis zu China bereits im Rahmen der multilateralen Beziehungsebene behandelt (siehe dort 6.2.3).

Im vorliegenden Zusammenhang seien lediglich einige Erinnerungsposten nachgeholt, die den *regionalen* Stellenwert der EU aus chinesischer Sicht gewichten sollen:

Wie bereits erwähnt, hatte Europa, und zwar zunächst in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), für China in *dem* Maße an Bedeutung gewonnen, wie auch die Spannungen mit der einstigen UdSSR zunahmen.

Im Mai 1975 hatte die EWG offizielle diplomatische Beziehungen mit China aufgenommen und im April 1978 ein Handelsabkommen zwischen EG und VRCh unterzeichnet, das übrigens automatisch eine entsprechende Vereinbarung zwischen China und der Bundesrepublik

Deutschland aufhob, und gleichzeitig die Gründung eines Gemischten Arbeitskomitees vereinbart, das im Juli 1979 zum ersten Mal tagte, und zwar in Beijing. Im Juni 1980 war es in Straßburg zu einer ersten gemeinsamen Tagung des Europäischen Parlaments mit Delegierten des NVK gekommen. Vier Jahre später hatte die erste Ministerkonferenz zwischen beiden Seiten stattgefunden.

1983 war das erste Kooperationsprojekt im Bereich Wissenschaft und Technik, 1985 eine systematische Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Handelsangelegenheiten und 1987 die Gewährung europäischer Finanzhilfen an Nichtregierungsorganisationen in China vereinbart worden.

Am 4. Oktober 1988 hatte die Europäische Kommission eine Vertretung in Beijing eingerichtet.

Doch dann war es – im Schatten der „Ereignisse“ vom 4. Juni 1989 – zu einer raschen Abkühlung gekommen: Die EG fror damals ihre Beziehungen zu China ein und verhängte eine Reihe von Sanktionen, die allerdings zwischen 1990 und 1992 schrittweise wieder aufgehoben wurden. Im Juni 1994 nahm die Europäische Allianz, die sich jetzt (seit 1993) EU nannte, den bilateralen politischen Dialog mit China wieder auf und verabschiedete im Juli 1995 Dokumente über „Langfristperspektiven in den Beziehungen zwischen China und Europa“, die von China, in der für Beijing typischen Terminologie, als „strategische“ Dokumente bezeichnet wurden. Im gleichen Jahr begannen erste Sondergespräche zwischen beiden Seiten über Menschenrechte, die vom 23. Oktober 1997 ab in einen formellen „Dialog über Menschenrechte“ übergingen – mit dem Ergebnis, daß die EU 1998 zum ersten Mal darauf verzichtete, ihren bisher Jahr für Jahr eingereichten Antrag auf Verurteilung Chinas durch die UNO-Menschenrechtskommission in Genf ein weiteres Mal zu stellen.

Am 1. und 2. März 1996 tagte in Bangkok das erste ASEM (Asia Europe Meeting) – und zwar unter Teilnahme der ASEAN-Mitglieder, Japans, Südkoreas und der VRCh. Anfang April 1998 schloß sich in London die zweite ASEM-Konferenz an.

Die EU steht unter den Handelspartnern Chinas an vierter Stelle. Nach dem Stand von 1997 ergibt sich folgende Partnerstruktur: (1) Japan, das 18,7% des chinesischen Außenhandels (Im- und Exporte) auf sich vereinigt, (2) Hongkong: 15,6%, (3) USA: 15,1%, (4) EU: 13,2%, (5) Republik (Süd-)Korea: 7,4%, (6) Taiwan: 6,1%, (7) Singapur: 2,7%, (8) Rußland: 1,9%, (9) Australien: 1,6% und (10) Indonesien: 1,4%.

Als führende Handelsmacht der Welt bestreitet die Region Europa also gerade einmal ein Siebtel des chinesischen Außenhandelsvolumens – ein Zustand, der (auch aus Sicht Beijings) noch viel Nachholpotential in sich birgt!

6.3.2.2.2

Die NAFTA

Neben der EU ist die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA der zweite große Wirtschaftszusammenschluß der westlichen Welt, dem die USA, Kanada und Mexiko zugehören und der 1993 mit dem Ziel ins Rennen ging, nach einer Übergangszeit von 15 Jahren zur größten Frei-

handelszone der Welt mit einer Gesamtbevölkerung von 360 Mio. Menschen zu werden.

China applaudierte diesem neuen Regionalbündnis, wenn auch nicht mit dem gleichen Enthusiasmus, wie er bei der Entstehung vergleichbarer Gebiete in der dritten Welt geäußert zu werden pflegt. Wohlwollen zeigt Beijing hier wohl vor allem deshalb, weil das Drittweltland Mexiko an der Neubildung teilhat. Die NAFTA habe sich, wie Beijing betont, „von einer bloßen Vision zu konkreter Wirklichkeit“ entfaltet – und dies sei gut so.³⁴

6.3.2.3

Die außerasiatischen Regionen der dritten Welt

6.3.2.3.1

Vorliebe für Regionalbildungen

Angesichts der verwirrenden Präsenz von immerhin 174 Staaten am Ende des 20. Jh., von denen die meisten – und wirtschaftlich unbedeutendsten – in der dritten Welt liegen, zieht Beijing es schon aus Überschaubarkeitsgründen vor, eher Regionalismus- als Einzelnationen-Betrachtungen anzustellen. Statt mit viereinhalb Dutzend afrikanischen Ländern hätte es die VRCh also am liebsten mit einer Panafrikanischen Union zu tun – und sympathisiert schon aus diesem Grunde mit der im Mai 1963 aus der Taufe gehobenen OAU, wäre notfalls aber auch mit subregionalen Gruppierungen zufrieden, wie z.B. der Westafrikanischen, der Zentralafrikanischen oder der Ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft oder mit dem nordwestafrikanischen Groß-Maghreb.

Auf derselben Linie redete es in der nahöstlichen Welt jahrelang der Arabischen Union das Wort, applaudierte aber auch Teilallianzen wie z.B. dem Golfbündnis.

Ebenso versuchte es in seiner Lateinamerikapolitik immer wieder, Regionalbündnissen wie dem Andenpakt, der Amazonasvereinigung, der La-Plata-Allianz oder aber dem Mercosur-Bündnis moralische und politische Unterstützung zu verleihen, wobei es sich freilich, je ferner die Kontinente lagen, desto mehr seiner Macht- und Einflußlosigkeit bewußt werden mußte. Wollte Beijing hier nicht von vornherein die Segel streichen, war es gut beraten, sich mit impansionistischen Mitteln zufriedenzugeben.³⁵

6.3.2.3.2

Von Phase zu Phase: Wie sich Chinas Drittwelt-politik verändert hat

Die im Dezember 1978 begonnene Reformpolitik hat China nicht nur innenpolitisch vom Kopf auf die Füße gestellt, sondern auch seine Außenpolitik in eine neue Richtung gelenkt, nicht zuletzt gegenüber den Entwicklungsländern. Hatte die dritte Welt im maoistischen Zeitalter noch als revolutionärer Resonanzboden gegolten, so hat sie sich aus Sicht der Reformen, denen vor allem Produktivität und wirtschaftliche Effizienz am Herzen liegt, in einen Verschiebebahnhof verwandelt, auf dessen Gelände die „Drachen und Tiger“ nach vorne, die „Verlierer“ (und damit die meisten Entwicklungsländer) aber weit

nach hinten gerückt sind, so daß von einer Einheit der dritten Welt längst nicht mehr die Rede sein kann.

Mit dieser Umwertung hat Beijing seine Einstellung zu den Entwicklungsländern seit 1949 bereits zum dritten Mal verändert, ohne daß diese Metamorphose nach außen hin groß herausgestellt worden wäre:

In Phase I der chinesischen Außenpolitik (1949 ff.) hatte die VRCh gegenüber den gerade aus kolonialer Vorherrschaft entlassenen Staaten noch eine überaus distanzierte Haltung eingenommen: Zwar gab es damals die Aussage Lenins, daß die „schwächsten Kettenglieder des Imperialismus“ in den Kolonialgebieten lägen und daß das chirurgische Messer der Revolution *dort* anzusetzen habe, weil ja Imperialismus und Kapitalismus – genauso wie der Fisch vom Kopf – von den Kolonien her zu verfaulen begännen. Doch glaubte die Beijinger Führung beobachtet zu haben, daß die angeblichen Helden des Befreiungskampfes mit den einstigen Kolonialherren allzusehr gemeinsame Sache gemacht hätten, so daß im Umgang mit ihnen Vorsicht geboten war.

Eine differenziertere Betrachtungsweise hatte sich erst seit der Konferenz von Bandung (1955) herauszubilden begonnen, bei der Zhou Enlai zum ersten Mal mit führenden Staatsmännern der blockfreien Welt (Nasser, Nehru, Sukarno) zusammengetroffen war und damit Gelegenheit erhalten hatte, sich in deren Situation hineinzudenken.

Bandung brachte allerdings nur eine Begegnung mit asiatischen, nahöstlichen und afrikanischen, nicht jedoch mit lateinamerikanischen Ländern. Der ferne Kontinent LA hätte die Aufmerksamkeit Beijings wohl noch auf viele Jahre hinaus nicht gefunden, wäre da nicht die Konkurrenz der Republik China auf Taiwan gewesen, die Lateinamerika, vor allem die Karibik und Zentralamerika, zu einer veritablen diplomatischen Bastion ausbauen konnte – und die der VRCh übrigens auch auf dem afrikanischen Kontinent noch jahrzehntelang in die Quere kam.

Im Nahen Osten vermochte China sich dagegen besser gegen Taiwan durchzusetzen, weil es nicht nur mit dem Protagonisten des Panarabismus, nämlich Gamal Abdel Nasser, gute Beziehungen hatte aufbauen können, sondern weil es sich auch wirkungsvoll in die Suezkrise von 1956, in den Befreiungskampf der Algerier gegen die französischen Kolonialisten und in die Auseinandersetzungen der Araber mit den Israelis hatte einbringen können, und zwar als Herold der Befreiung von „Imperialismus und Neokolonialismus“.

Die Neubewertung der dritten Welt (der Ausdruck *disan shijie* [4], dritte Welt, kam übrigens erst in den 70er Jahren auf!) setzte, wie gesagt, mit der Bandung-Konferenz, vor allem aber mit der ersten sinosowjetischen Eiszeit ein, die auch den Beginn von Phase II (1958-1968) markierte. Hatte sich China bis dahin fast ausschließlich „nach einer Seite“, nämlich zur UdSSR hin gelehnt, so begann nun, da diese Stütze weggefallen war, eine tastende Suche nach neuen Partnern. Ganz auf dieser Linie führte Zhou Enlai damals eine (möglichst flächendeckende, wenn auch immer noch lückenhaft gebliebene) Afrikareise durch, suchte Gemeinsamkeiten mit Birma, Kambodscha, dem Indonesien Sukarnos und dem Indien Nehrus herzustellen und war vor allem bestrebt, zum Architekten einer „Bandung-II-Konferenz“ zu werden, die 1965, also genau zehn Jahre nach der ersten Konferenz, zusammen-

³⁴XNA, 20. und 21.11.93.

³⁵Zum Impansionismus vergl. 5.4.3 in C.a., 1998/11, S.1225 f.

treten sollte, allerdings diesmal nicht in Bandung, sondern in Algier, und nicht als antikoloniales, sondern als antisowjetisches Bündnis.

Ganz auf dieser Linie betrieb China gegenüber den Ländern der dritten Welt eine Politik der dreifachen Rückenstärkung, indem es erstens den Abbau der Supermachtsprivilegien und, Hand in Hand damit, die Demokratisierung der UNO forderte (Stichwort: „Massenlinie“ statt „Club der Großmächte“), indem es zweitens als Mahner zum Schulterschluss zwischen den Entwicklungsländern auftrat und indem es drittens neben der Nord-Süd-eine solidarischere Süd-Süd-Zusammenarbeit anmahnte. Zum Hauptprojekt des chinesischen Süd-Süd-Beitrags entwickelte sich damals der Bau der ostafrikanischen Tansam-Eisenbahn vom Kupfergürtel in Sambia zum tansanischen Hafen von Daressalam. Zu diesem Zweck entsandte Beijing 30.000 Arbeiter, vergab einen zinslosen Kredit von 400 Mio. US\$ und stellte die 1.860 km lange Strecke bis 1976 fertig. Das Schaufensterstück „Tansam“ sollte nicht nur wirtschaftliche, sondern auch klassenkämpferische Solidarität bekunden; war Sambia damals doch noch an gleich drei Seiten von Kolonien der alten Art umgeben, nämlich von Britisch-Rhodesien, Portugiesisch-Mozambique und von Portugiesisch-Angola.

Als die Bahn freilich endlich fertiggestellt war, hatten sich auch die „Kolonien“ längst in Luft aufgelöst. Außerdem mußte die VRCh betroffen feststellen, daß sie in den (einstigen) portugiesischen Kolonien auf die falschen Partner gesetzt hatte, insofern sich nämlich die Protagonisten der dortigen Befreiungsbewegungen – vor die Wahl zwischen Beijing und Moskau gestellt – für die Sowjetunion und für Kuba entschieden. Lediglich mit der ZANU (Zimbabwe African National Union) hatte die VRCh einen politischen Volltreffer landen können; im übrigen aber gab es in Beijing lange Mienen.

Auch sonst mußte das maoistische China mit der dritten Welt und ihrer Ambivalenz die unangenehmsten Erfahrungen sammeln. Wie falsch die VRCh hier lange Zeit mit vielen ihrer Einschätzungen gelegen hatte, zeigte sich vor allem im Jahre 1965: brachte dieses Jahr doch die bisher schwärzeste Bilanz der chinesischen Außenpolitik mit sich: In Algier wurden die Bandung-II-Organisationen (um Ben Bella) gestürzt, in Lateinamerika schwenkte Castro auf die sowjetische Linie ein, und gleichzeitig verstand es die Sowjetunion, im Zuge einer großangelegten diplomatischen Asienoffensive, Hanoi und Indien an sich zu binden. Am katastrophalsten aber war der antikommunistische Umsturz in Indonesien, der zur Vernichtung der PKI und zur Ausschaltung Sukarnos, der beiden engsten Verbündeten Chinas also, führte.

All diese Rückschläge führten in Beijing zu Xenophobie und heizten vor allem die fremdenfeindlichen Attacken der Rotgardisten an, die in den ersten beiden Jahren der Kulturrevolution, 1966 und 1967, ihre Wut u.a. an diplomatischen Vertretungen der Dritten Welt ausließen – und damit aus vielen ehemaligen Freunden innerhalb kürzester Zeit Feinde – oder doch zumindest Skeptiker – werden ließen.

In Phase III (1968-1978) wurden die bis dahin „sozialistisch-revolutionären“ Zielsetzungen der VR China (Z.1) immer mehr von „antihegemonistischen“ Einstellungen (Z.3) überlagert: Nie vorher und auch nie wieder in

späterer Zeit gab es ein so geradliniges, weil in sämtlichen Belangen konträr gegen die UdSSR ausgerichtetes, außenpolitisches Verhalten wie in diesem Zeitraum.

Unter antihegemonistischem Vorzeichen begann China damals auch schnell seine einstigen Berührungspunkte gegenüber konservativen Regierungen abzulegen, so z.B. gegenüber dem saudi-arabischen Königtum, das schon kurz nach 1968 als Siegelbewahrer der arabischen Einheit – und damit fast automatisch auch als antihegemonistische Kraft – gepriesen wurde, und dies, obwohl Riad zu dieser Zeit noch enge diplomatische Beziehungen mit Taipei unterhielt.

Auf die Antihegemonismus-Linie schwenkte Beijing in den Jahren nach 1968 auch bei seiner Lateinamerikapolitik ein, wo es zum einen mit dem (UdSSR-zugewandten) Castro-Regime brach und zur gleichen Zeit mit dem in der westlichen Welt so schlecht beleumundeten chilenischen Pinochet-Regime freundschaftlichste Beziehungen aufnahm. Z.1 wurde hier m.a.W. überall durch Z.3 überlagert.

6.3.2.3.3

Januskopf dritte Welt: Die Reformer und ihre Entwicklungsländerpolitik

Seit dem Beginn der Reformen um die Jahreswende 1978/79 hat, wie erwähnt, in der chinesischen Außenpolitik ein anderer Wind zu wehen begonnen: Nicht mehr „Befreiungs“- und „Antihegemonismus“-Überlegungen standen jetzt – in Phase IV der Außenpolitik – im Vordergrund, sondern Zielsetzungen des Wirtschaftswachstums und der Modernisierung. Damit aber begann der „Marktwert“ der dritten Welt – genauer gesagt: des wirtschaftlich erfolglosen Teils der dritten Welt – rapide zu sinken, ohne daß Beijing diesen Gesinnungswandel allerdings offen hätte eingestehen wollen! Der Widerspruch zwischen diesen zwei Seelen läßt auch das Außenbild der internationalen Politik Beijings so zwiespältig erscheinen.

Vor allem Schwarzafrika, der ärmste aller Kontinente, begann jetzt schnell unattraktiv zu werden, obwohl Beijing nach außen hin eine Politik des „Großen Trotzes“ weiterführte.

Nach wie vor gibt Beijing zwar Lippenbekenntnisse zur Freundschaft mit den afrikanischen Ländern ab und setzt übrigens auch seine Politik der „flächendeckenden“ Reisen fort, wobei fünf Länder pro Visite eine Art Mindestpensum sind.

Bei genauerem Hinsehen läßt sich aber beobachten, daß die Afrikapolitik der VRCh kleinlauter geworden ist und daß die Besucher, u.a. Jiang Zemin im Mai 1996, vor einem Nachlassen in der Solidarität warnen.³⁶ Ganz auf dieser Linie beklagte der frühere Außenminister Qian Qichen bei einer Besuchsreise durch sechs afrikanische Länder i.J. 1993 „zwei Tendenzen in der heutigen Welt“, nämlich entweder eine Vernachlässigung Afrikas („Afrika ist unwichtig“) oder aber, gerade umgekehrt, wachsende Einmischung in afrikanische Angelegenheiten.³⁷ Beide Verhaltensmuster hätten sowohl wirtschaftliche als auch politische Turbulenzen nach sich gezogen.

³⁶XNA, 13.5.96.

³⁷XNA, 9.2.93.

China wolle solche Extreme auf keinen Fall mitvollziehen, sondern sich um einen Mittelweg, vor allem um „freundschaftliche Beziehungen“ zu Afrika bemühen, die sich für China bisher noch allemal ausgezahlt hätten, sei es nun während der jahrzehntelangen Auseinandersetzungen mit der früheren Sowjetunion oder sei im Anschluß an den „Tiananmen-Zwischenfall“, als die VR China vom einen auf den anderen Tag isoliert gewesen wäre, hätte es in dieser kritischen Situation nicht bei seinen „alten afrikanischen Freunden“ Zuspruch gefunden.³⁸

Eine eher wirtschaftliche Bewertung stellte Zhu Rongji nach der Visite von sieben schwarzafrikanischen Ländern im August 1995 an. Afrika besitze zwar (1) nach wie vor politisches Gewicht, weil es mit seinen 53 Ländern immerhin rund die Hälfte der Blockfreien- und ein Drittel der UNO-Mitgliedschaft bestreite. Wirtschaftlich allerdings sei es (2) mit heiklen Problemen (vor allem mit Finanzdefiziten, Inflation, Binnen- und Außenschulden sowie wachsenden sozialen Gefällen) belastet. Darüber hinaus werde Afrika (3) von konkurrierenden Kräften manipuliert, und zwar sowohl wirtschaftlich (ungerechte „Terms of Trade“) als auch politisch (z.B. durch die „Taiwanbehörden“!).

Sino-afrikanische Projekte, die sich bereits auf dem Wege befänden, müßten möglichst im Joint Venture-Verbund weiterbetrieben werden; künftige Projekte sollten allerdings nur noch im Rahmen der chinesischen Finanzierungsmöglichkeiten gewährt werden.³⁹

In der Tat will sich die Volksrepublik in Zukunft verstärkt nach der wirtschaftlichen Decke strecken und ihren guten Willen eher symbolisch bezeugen: Da und dort leistet sie Hungerhilfe,⁴⁰ fördert Projekte der lokalen Zusammenarbeit, z.B. die „Dreieckskorporation“ zwischen China, Sambia und Tansania,⁴¹ gewährt Nothilfe an Flüchtlinge, sucht zwischen verfeindeten Parteien zu vermitteln⁴² und leistet vor allem humanitäre Hilfe. So entsandte die VRCh z.B. in den drei Jahrzehnten zwischen 1963 und 1993 13.000 Mediziner, d.h. Ärzte und ärztliches Personal, in über 60 Länder und Gebiete Asiens, Lateinamerikas und vor allem Afrikas, die rund 200 Mio. Kranke behandelt haben sollen. Die Hilfe der „Engel im weißen Kittel“ gehöre mit zu den wichtigsten Unterstützungsmaßnahmen der VRCh im Rahmen der Süd-Süd-Zusammenarbeit, heißt es.⁴³ (In maoistischer Zeit hatte China noch Großprojekte à la Tansam-Bahn oder Prestigeprojekte wie Konferenzhallen und Sportstadien unterstützt. Hier war viel Symbolik im Spiel – aber auch viel Geld, wie es der heutige Finanzierungsrahmen nicht mehr zuläßt.)

Trotz allen guten Willens, den die VRCh hier zu zeigen versucht, ist es zwischendurch immer wieder zu peinlichen Zwischenfällen gekommen. Exemplarisch hierfür war der seinerzeit weltweit bekanntgewordene Zwischenfall von Nanjing am 24. Dezember 1988, als es zwischen chinesischen und afrikanischen Studenten zu schweren Ausschreitungen kam, wobei auf chinesischer Seite

auch mit Hautfarbenargumenten gearbeitet wurde. Nichts hätte der chinesischen Führung (und Propaganda) peinlicher sein können als ein solches „rassistisches“ Zwischenspiel, bei dem Empfindungen zum Ausdruck gekommen sind, die bei der breiten Bevölkerung unausgesprochen vorhanden sind.⁴⁴

Eintrübungen am propagandistisch so wolkenlos gemalten Himmel gibt es aber auch im Zusammenhang mit der Taiwanfrage. Vor allem die Zentralafrikanische Republik, Niger und Liberia haben im Lauf der Jahre die diplomatischen Fronten zwischen Beijing und Taipei gleich mehrere Male gewechselt und damit – aus der Sicht Beijings – bewiesen, wie verführerisch die finanziellen Lockungen Taiwans und seiner „flexiblen Außenpolitik“ (*tanzing waijiao*) sind.⁴⁵

Ein dunkles Kapitel sind, drittens, chinesische Waffenlieferungen an den einen oder anderen afrikanischen Staat, z.B. an den Sudan.

Von den vielen Zielsetzungen, die Beijing noch in maoistischer Zeit auf dem Schwarzen Kontinent zu verfolgen pflegte, sind heutzutage also gerade einmal Z.2 (diplomatischer Wettlauf mit Taiwan) sowie Z.4 (Modernisierungs- und Wirtschaftsprojekte) übriggeblieben.

Diese Residualentwicklung gilt freilich nicht nur für Afrika, sondern auch für Lateinamerika und Nahost:

In Lateinamerika hat China seine Zielsetzungen sukzessive gleich dreimal neu einjustiert, angefangen von der revolutionären Ausrichtung in den 60er Jahren (Z.1), die sich vor allem im Applaus (wenn auch keineswegs in materieller Unterstützung) für Castros Machtergreifung äußerte, über den Antihegemonismus (Z.3) der 70er und 80er Jahre, der nun gerade umgekehrt zur Distanzierung vom Castro-Regime (bei gleichzeitiger Annäherung an das Pinochet-Regime in Chile) führte, bis hin zur Wirtschaftsorientierung (Z.4) der 80er und 90er Jahre, die innerhalb der „Süd-Süd-Zusammenarbeit“ immer stärker in den Vordergrund rückte. Kein Wunder, wenn sich die VRCh nun vor allem für Brasilien und Argentinien zu interessieren begann. Bis Mitte der 90er Jahre schrieb China im Handel mit den dortigen Ländern allerdings meist rote Zahlen. Erst 1994 kam es zu ersten Überschüssen, nachdem die chinesische Außenwirtschaft mit einem besseren Exportmix hatte aufwarten und zunehmend Fertigprodukte hatte anbieten können.⁴⁶

Allerdings hält sich die wechselseitige Attraktivität durchaus in Grenzen: bestreitet der Kontinent Lateinamerika am chinesischen Außenhandel doch gerade einmal 3,5%.

Bei seiner Lateinamerikareise im November 1993 stellte Jiang Zemin einen Vier-Punkte-Vorschlag zur Diskussion, der den neuen Gegebenheiten Rechnung tragen sollte: (1) Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen, (2) eigenständige Entscheidung jedes Landes über sein Wirtschafts- und Sozialsystem, (3) Verstärkung des Nord-Süd-Dialogs, in dessen Rahmen die fortgeschrittenen Länder ihre Entwicklungshilfe jedoch keinesfalls von politischen Bedingungen abhängig machen dürften und (4) verstärkte Süd-Süd-Zusammenarbeit.⁴⁷

³⁸Dazu C.a., 1993/1, Ü 12, 1993/2, Ü 3 und 1995/1, Ü 3.

³⁹Dazu C.a., 1995/8, Ü 4.

⁴⁰Zum Beispiel gegenüber Mozambique, XNA, 16.2.93.

⁴¹Dazu XNA, 10.12.92.

⁴²Zu den Friedensstiftungsversuchen in Somalia vergl. z.B. XNA, 19.3.92.

⁴³Näheres m.N. in C.a., 1993/7, Ü 6.

⁴⁴Einzelheiten dazu in BRu, 1989, Nr.4, S.4-6.

⁴⁵Vergl. dazu C.a., 1993/8, Ü 6.

⁴⁶Dazu C.a., 1995/6, Ü 3.

⁴⁷Dazu C.a., 1993/11, S.1101-1104.

Seit Mitte der 90er Jahre bietet sich ein durchmisches Bild: Zum einen läßt sich eine Wiederannäherung an Cuba beobachten, bei der allerdings viel revolutionäre Nostalgie mit im Spiel zu sein scheint, auf der anderen Seite zeigt sich aber auch überaus nüchternes Kalkül: So kam es beispielsweise mit der Brasilienkrise Ende 1998 auch zu einer signifikanten Lockerung der Beziehungen zwischen China und Brasilien – ein weiteres Indiz für das Vorherrschen von Z.5-Kalkülen in der chinesischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik gegenüber dem fernen Kontinent Lateinamerika.

Nicht zuletzt hat sich auch im Nahen Osten der Wind gedreht: Gehörten dort im Zeichen der „Linken Strategie“⁴⁸ noch „revolutionäre“ Gruppierungen wie die PLO oder aber die PFLOAG (People's Liberation Front for the Liberation of the Occupied Arabian Gulf) zu den bevorzugten Partnern des revolutionären – und vor allem des kulturevolutionären – China, so rückten später immer mehr die wohlhabenden Emirate, Saudi-Arabien und schließlich sogar Israel in den Vordergrund.

Aus politischen (*divide et impera!*) und aus wirtschaftlichen Gründen (Öl, Rohstoffe) spielt auch der Iran eine bevorzugte Rolle in der chinesischen Außenpolitik. Wie weit dies ging, läßt sich auch aus notorischen Vorwürfen der USA an die Adresse Beijings entnehmen, die bis weit in die 90er Jahre hinein in der Behauptung gipfelten, China habe Raketen in einem Gesamtwert von 2,3 Mrd. US\$ an den Iran (und an Pakistan) geliefert.⁴⁹

Ein Wort noch zur Blockfreienbewegung (NAM, Non Aligned Movement), an deren Entwicklung China seit Gründung dieser Institution im Jahre 1961 regen Anteil genommen hat, wengleich ihm dort nur ein Beobachterstatus zukommt. Bei einer Grundsatzrede anläßlich der X. Gipfelkonferenz 1992 in Jakarta betonte der damalige Außenminister Qian Qichen, daß „die beiden Hauptfragen des Friedens und der Entwicklung“, denen die Menschheit heutzutage gegenübersteht, bei den Blockfreien am besten aufgehoben seien. Immer noch werde die internationale Politik zu stark durch Machtpolitik und Hegemoniestreben beeinflusst. China werde die NAM auch weiterhin darin unterstützen, „eine neue internationale politische und wirtschaftliche Ordnung auf der Grundlage der Gleichheit und des gemeinsamen Vorteils“ zu errichten.⁵⁰

Trotz solcher Pauschalisierungs-Erklärungen hat sich die Haltung Chinas gegenüber den Blockfreien insgeheim längst differenziert: So gibt es beispielsweise innerhalb der NAM Volkswirtschaften wie Singapur, Malaysia, Thailand oder Brunei, mit denen Zusammenarbeit überaus „gewinnbringend“ (im materiellen Sinne des Wortes) ist, während Länder wie Bhutan, Niger oder Djibouti weitaus weniger interessant – und übrigens auch noch mit Problemen diplomatischer Art belastet sind, so z.B. im Falle Nicaraguas, Panamas, Grenadas oder Paraguays, die nach wie vor mit Taiwan diplomatische Beziehungen unterhalten.

Solange sich das chinesische Interesse um „Politik“ (im Sinne von revolutionärer Erneuerung nach maoistischen Vorstellungen) drehte, war den Ländern der Dritten Welt eine gleich dreifache Bedeutung zubemessen worden: Sie galten (1) zuallererst als gleichsam geborene Mitglieder des in aller Regel von Drittweltbewegungen getragenen und von China favorisierten „Revolutionären Einheitsbündnisses“ (Z.1), fanden sich (2) nach 1968 – und nicht selten zu ihrer eigenen Verblüffung – als Partner an der Seite Beijings im „antihegemonistischen“ Kampf (Z.3) wieder und galten nicht zuletzt (3) als Adressaten Beijinger Aufrufe, sich diplomatisch nicht auf die Seite Taiwans zu schlagen.

Angesichts des Eifers, mit dem China vor allem die Z.1-Version vertrat, sah es sich häufig mit Schwierigkeiten konfrontiert, so z.B. Zhou Enlai, der bei seiner Afrikareise von 1963/64 in Somalia die Meinung geäußert hatte, daß „Afrika reif für die Revolution“ sei. Als China dann auch noch linke Bewegungen und Regime zu unterstützen begann, so z.B. die Lumumba-Rebellen in (Belgisch)-Kongo (dem heutigen Zaire), die Revolutionäre der Sawaba-Partei im Niger, die Volksunion Odingas in Kenia und die Afrikanische Unabhängigkeitspartei in Senegal, gingen einige Regierungen Mitte der 60er Jahre verärgert dazu über, die Schließung von Xinhua-Büros und die Ausweisung chinesischer Diplomaten anzuordnen. Burundi, Dahomey, die Zentralafrikanische Republik und Ghana brachen überdies sogar die diplomatischen Beziehungen zu Beijing ab.

Auch in Lateinamerika löste die Revolutionsrhetorik der VRCh Befremden – und Gegenreaktionen – aus, zumal das Reich der Mitte von den zumeist regimekritischen iberamerikanischen Intellektuellen damals als eine Art revolutionäres Mekka betrachtet wurde, bei dem sie in die Schule gehen und von dem sie Revolutionstechniken erlernen zu können glaubten. Die mißtrauischen Behörden in Ecuador, Venezuela, Brasilien und Mexiko reagierten denn auch überaus empfindlich auf chinesische Revolutionsappelle, indem sie zwischen 1963 und 1965 die in ihren Ländern akkreditierten Xinhua-Büros schlossen und Xinhua-Vertreter auswiesen. Mißtrauen schürte auch die Behauptung der peruanischen „Senderistas“, d.h. der Mitglieder des revolutionären Bündnisses vom „Leuchtenden Pfad“, sie seien Maoisten.

Erst als Castro offen für die Sowjetunion Partei ergriff und China daraufhin zur kubanischen Revolution auf Distanz ging, erhielt die VRCh bei den meisten Regierungen Lateinamerikas neuen Kredit – mit der Nebenfolge übrigens, daß Taiwan in Südamerika, von der Karibik und von Zentralamerika einmal abgesehen, diplomatisch rasch an Boden zu verlieren begann.

Chinesische Zeichen folgen im nächsten Heft.

6.3.2.3.4

Die Attribute der Dritten Welt

⁴⁸Dazu Abschnitt 3.2.1 dieser Serie, C.a., 1998/8, S.818 f.

⁴⁹C.a., 1993/8, Ü 3.

⁵⁰Dazu C.a., 1992/8, Ü 3.